

Wortprotokoll

Sitzung 8. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2015/2019
20. Legislaturperiode

Datum Donnerstag, 17. März 2016, 19:00 Uhr

ort im Rathaussaal

Anwesend

40 Mitglieder des Gemeinderats
5 Mitglieder des Stadtrats

Abwesend

-

Absolutes Mehr

21

Später eingetroffen

-

Vorzeitig weggegangen

-

Vorsitz

GR Thomas Leuch

Protokoll

STS Thomas Niederberger, Christina Pagnoncini

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 28. Januar 2016

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Alakmeh Ayman, Alakmeh geb. Czuczman Aleksandra, Alakmeh Tarek und Alakmeh Aron
3. Bajrami, Basri
4. Tomas, Ana und Staropoli Tomas, Stefano
5. Wolters-Kohler Meike, Kohler Jürgen Peter, Kohler Frida Mathilde und Kohler Greta Luise

Botschaften

6. Kreditbegehren zuhanden der Volksabstimmung für das Gesamtprojekt Neubau eines zentralen Verwaltungsgebäudes (Stadthaus), Bau einer Tiefgarage und Neugestaltung der Festwiese in der Höhe von CHF 47.5 Mio.
7. Botschaft Teilrevision der Richtlinien des Gemeinderates über die Tätigkeit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission sowie seiner Revisionsgruppe und der externen Revisionsstelle

Postulate

8. Stellungnahme Postulat zum Einbürgerungsverfahren

Verschiedenes

9. Verschiedenes

Der Ratspräsident begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Der Ratspräsident: Ich begrüsse euch alle zu dieser Gemeinderatssitzung. Schön, dass wir so viele Gäste haben. Ich kann jetzt natürlich nicht alle Gäste einzeln begrüssen, aber speziell freut es mich, dass Alt-Gemeinderätin Helene Eisenhut heute hier ist. Schon lange nicht mehr gesehen. Schön. Heute war, zumindest am Nachmittag, so ein bisschen der erste Frühlingstag. Am Morgen noch weiss, mindestens die Autoscheiben, jene, die kratzen mussten, das war heute ziemlich hart, und am Mittag schon ziemlich bunt und grün und gelb vor allem von den Blumen her. Der Mensch hat ja in der Zeit des Dunklen im Winter so ein bisschen eine Sehnsucht, dass es wieder einmal ein bisschen hell wird. Ich denke, die wurde heute ein bisschen gestillt. Das Sehnen nach der Zeit nach dem Winter, nach dem Dunkeln, nach dem Kalten nach dem Hellen – ich glaube, das wurde heute schon ein bisschen erfüllt. Aber jetzt ist es bereits wieder etwas frischer. Also verpassen wir nicht so viel. Einen lauen Sommerabend haben wir heute noch nicht. Speziell ist heute noch, dass während der Gemeinderatssitzung von der Thurgauer Zeitung Fotos gemacht werden. Aber ich denke, wir lassen uns davon nicht gross irritieren.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.
Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 28. Januar 2016

GR Ricklin: *(Der Ratspräsident ruft allerdings GR Rink auf.)* Genau, eben nicht, das ist das Problem, dass ich mit Gemeinderätin Rink im Protokoll im vertraulichen Teil auf Seite 200 verwechselt wurde. Unter dem Namen von GR Rink steht eine Wortmeldung, das habe aber ich gesagt. Man hat ihr das sozusagen falsch in den Mund gelegt. Es war meine Wortmeldung. Mein Name ist Ricklin.

GR Neuweiler: Auf Seite 169 sollte es 34 und nicht 35 Prozent heissen. Sonst geht es nicht auf. Ich habe das dem Stadtschreiber schon gemeldet.

Abstimmung: Das Protokoll der Sitzung vom 28. Januar 2016 **wird mit diesen Änderungen einstimmig genehmigt.**

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Zu den Einbürgerungsgesuchen liegen keine schriftlich begründeten Einwände vor.

2. Alakmeh Ayman, Alakmeh geb. Czuczman Aleksandra, Alakmeh Tarek und Alakmeh Aron

Entscheid: Alakmeh Ayman, Alakmeh geb. Czuczman Aleksandra, Alakmeh Tarek und Alakmeh Aron wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

-
3. Bajrami, Basri

Entscheid: Bajrami, Basri wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

-
4. Tomas, Ana und Staropoli Tomas, Stefano

Entscheid: Tomas, Ana und Staropoli Tomas, Stefano wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

-
5. Wolters-Kohler Meike, Kohler Jürgen Peter, Kohler Frida Mathilde und Kohler Greta Luise

Entscheid: Wolters-Kohler Meike, Kohler Jürgen Peter, Kohler Frida Mathilde und Kohler Greta Luise wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Somit haben Sie das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erhalten, natürlich mit allen Rechten und Pflichten, die dazugehören. Sie haben sich um die Einbürgerung bemüht, und ich hoffe, dass Sie sich auch weiterhin aktiv in der Stadt und an unserer Gesellschaft beteiligen, denn ein funktionierender Staat ist auf die Mitarbeit von Ihnen und von allen angewiesen. Sie wissen, es geht ja noch weiter. Das ist nun von Kreuzlingen. Der Kanton kommt dann noch.

Botschaften

6. Kreditbegehren zuhanden der Volksabstimmung für das Gesamtprojekt Neubau eines zentralen Verwaltungsgebäudes (Stadthaus), Bau einer Tiefgarage und Neugestaltung der Festwiese in der Höhe von CHF 47.5 Mio.

Eintreten (*wird stillschweigend beschlossen.*)

GR Forster: Vorab gebe ich eine Information betreffend der Vorabstimmungen, die dieser Botschaft vorausgingen. Am 15. Dezember 2011 wurde dem Planungskredit zu dieser Sache mit 28 Ja gegen 7 Nein bei 1 Enthaltung zugestimmt. Die Standortfrage wurde auch hier drin behandelt. Ihr wurde am 15. November 2012 mit 19 Ja gegen 6 Nein bei 7 Enthaltungen zugestimmt. Ich danke Frau Bissegger, sie hat mir das herausgesucht. Ich dachte, das sei vorab noch wichtig.

Lassen Sie mich zwei, drei Sachen sagen. Es geht nicht nur um die WBU, ich möchte meinen Senf auch gleich dazugeben. Ich habe bei meinen Akten eine Einladung gefunden zu einer Sitzung der Kommission Stadtsaal/Stadthaus, so hiess das damals, vom Kreuzlinger Gemeinderat am 23. Februar 1999. Notker Brandes, das war der Präsident, und ich waren drauf plus ein paar andere. Das war die erste Sitzung Stadtsaal/Stadthaus am 23. Februar 1999. Solange, weiss ich als Kreuzlinger Gemeinderat, wird immer wieder von diesen Gebäuden berichtet, untersucht, geplant etc. Nun hielt die Kommission WBU im Dreispitzgebäude mit unserem Stadtpräsidenten, der Vize-Stadtpräsidentin, den Fraktionspräsidenten der Kreuzlinger Parteien, den involvierten Architekten des nun vorliegenden Projekts und engagierten Personen der Stadtverwaltung eine Sitzung ab. Die drei Wochen zurückliegende WBU-Sitzung fand ebenfalls an einem 23. Februar statt, jedoch im Jahr 2016. Für mich selber ist es eigentlich eine kleine Ehre, Ihnen nun das präsentieren zu dürfen, was die WBU entschieden hat und an sich dann zur Volksabstimmung gelangen soll. Das gute Omen betrachte ich darin, dass ich am 23. Februar auch immer Geburtstag habe. Dieser Packer Papier, den ich hier habe, ist in etwa das Wesentlichste, was ich an Unterlagen bei mir gefunden habe. Es scheint doch sehr viel Arbeit darin zu stecken. Andere werden sagen vor allem Kosten. Dem widerspreche ich dahingehend, dass etwas, was so lange braucht und nun heute die Gemeinderatshürde nehmen soll, nichts Billiges sein kann und auch etwas kosten darf. Es soll ja auch etwas entstehen, was für alle Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger einmal etwas bringt, nicht wie manchmal gesagt wird, nur für die Mitarbeiter der Stadt. Es geht um alle. Dem einstimmigen Stadtratsentscheid zu dieser Botschaft folgt nun die Meinungsäusserung von uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Diese Botschaft will nun schlussendlich den Baukredit bei den Bürgerinnen und Bürgern von Kreuzlingen abholen. In der WBU wurde viel hinterfragt, und es wurde immer kompetent und ehrlich Antwort gegeben. Ich werde hier keine einzelnen Fragen aufzählen, es gab auch viele Fragen, die alsdann zum Beispiel bei einer Annahme erst im Nachhinein in der zu bestellenden Baukommission tiefgründig beantwortet werden können. Die Vorgeschichte dieser Stadthausache ist, denke ich, auch hinlänglich hier im Saal bekannt. Alles gründet nun in diesem Siegerprojekt mit dem Namen Schlussstein. Der sogenannte Schlussstein im Curling ist der, der vielfach über Sieg oder Niederlage entscheidet. Lassen wir also hier bei uns im Rat den Stein so gleiten – es soll kein schlechtes Omen sein Alexander -, dass er zu einem Sieg für ganz Kreuzlingen führt. Das wiederum führt mich dazu, hier noch ein Anliegen anzubringen: Wenn wir hier im Gemeinderat heute diese Botschaft annehmen, sollten nicht zuletzt wir als Volksvertre-

ter alsdann das geplante Bauvorhaben auch gegen aussen so zur Bevölkerung tragen, um eine breite Basis dafür zu gewinnen. Das denke ich, wäre schön. Das Resultat der vorberatenden Kommission WBU zur Botschaft Verwaltungsgebäude, Tiefgarage und Festwiese erhielt am Schluss 6 Ja, 1 Nein bei 2 Enthaltungen. Viele Experten haben entschieden. Jetzt wissen wir, wie es gehen könnte. 20 Jahre reden wir schon davon. Sie als Kreuzlinger und Kreuzlingerinnen dürfen, sollen, müssen jetzt entscheiden. Darum alle sicher stimmen gehen.

GR Rieser: Stadtpräsident Andreas Netzle stellte diese Botschaft bei uns in der Fraktion vor. Die Planung läuft ja schon ziemlich lange. Ich bin seit 21 Jahren in diesem Gemeinderat und seither spricht man über dieses Projekt. Handlungsbedarf für einen Neubau des Stadthauses war damals schon nicht bestritten, dieser war also damals schon ausgewiesen. Die heutigen Raumverhältnisse und die Arbeitsbedingungen sind wohl sehr tief unten, schon beinahe nicht mehr zumutbar. Das neue Stadthaus erachten wir als gut. Der Gemeinderat hat ja dem Standort grossmehrheitlich zugestimmt, das haben wir vom Präsidenten gehört. Zu- und Wegfahrt mit der Verbindung zum unterirdischen Parkhaus und die Anbindung des öffentlichen Verkehrs passen. Obwohl ein langes Gebäude projektiert wurde, ist es im Stadtgebiet kein Fremdkörper. Es passt in dieses Gebiet dort oben. Im Inneren werden zwei Liftanlagen installiert, um die gewünschten Büros erreichen zu können. So ist das sicher allen zumutbar. Für allfällige Erweiterungen ist genügend Raum vorhanden. Die Aussenansicht des Stadthauses sieht zumindest auf den Plänen gut aus und hinterlässt einen guten Eindruck. Nach dem Abschluss der Umgebungsarbeit wird das ganze Gebiet Bärenplatz mit den umliegenden Parzellen und Liegenschaften sicher aufgewertet. Zusammenfassend kann man das Stadthaus an diesem Standort als eine gefreute Sache anschauen. Die Bau-summe von CHF 47.5 Mio. ist zwar viel Geld, berücksichtigt man aber die getätigten Rückstellungen von CHF 7.7 Mio. und die Gelder aus der Parkplatzbewirtschaftung von gut CHF 11 Mio., die ja bereits vorhanden sind und womit die Tiefgarage bezahlt wird, bleibt ein Restwert von CHF 24.7 Mio., was für Kreuzlingen sicher erträglich ist. Die laufenden Unterhaltskosten mit dem Neubau werden sicher günstiger ausfallen und sich sicher positiv auswirken. Wir von der SVP stimmen dieser Botschaft einstimmig zu.

GR Schläpfer: Die FDP/EVP hat die Botschaft wie ihr alle auch geprüft. Wir hatten eine sehr lange Sitzung, aber ich möchte das hier nicht in die Länge ziehen und euch alle Details erzählen. Die Stimmung in unserer Fraktion zur Behandlung dieser Botschaft ist ein bisschen speziell. Es gibt keinen Eisklotz, der drin sass, aber es konnte auch kein Begeisterungsfeuer entfacht werden. Trotzdem ist die Botschaft für die Zukunft von Kreuzlingen ein sehr heisses Eisen. Was denken die Bürger und die jüngeren Generationen, wenn das letzte Zentrumsprojekt einmal nicht angenommen wird? Verliert man den Glauben an die Stadt? Ich fasse einige Punkte zusammen, die wir diskutiert haben, die natürlich nicht abschliessend sind: Es ist unumstritten, die Stadtverwaltung platzt aus den Nähten, es braucht eine neue Verwaltung. Es ist wirklich schon sehr viel Geld für die Planungen ausgegeben worden, wie wir heute Abend auch schon gehört haben. Es ist wichtig, dass wir zentrale Arbeitsplätze schaffen können und die Verwaltung körperlich eingeschränkten Personen zugänglich wird. Es ist wichtig, dass in Kreuzlingen endlich etwas realisiert wird. Es gibt sehr viele gute Punkte an dieser zentralen Verwaltung. Aber es gibt auch Punkte, die auch schon mehrfach erwähnt wurden und die vom Volk sehr kritisch betrachtet werden. Ist es denn gut, ein komplett zentrales Gebäude zu machen? Ich denke dabei an das Klientel der sozialen Bereiche. Das Siegerprojekt mit einer Länge von 112 Metern präsentierte damals eine

einmalige Fassade, heute ist sie für mich persönlich relativ schlicht, und ich finde es schade, dass man davon abgekommen ist. Warum werden heute so viele Reserveflächen gebaut? Diese zu vermieten und Mieter zu finden, gibt auch der Stadt wieder einen gewissen Verwaltungsaufwand, und ich denke, auch von der Sicherheit im Gebäude muss da noch Einiges hinterfragt werden. Das Gebäude hat ja grundsätzlich genug Ausbaupotenzial, wenn jemals der Bedarf dafür da ist. Dazu kommt, dass wir noch zwei Gebäude haben, zu denen sich der Stadtrat bereits äusserte, dass diese nicht veräussert werden, Hauptstrasse 88 und das Sallmannsche Haus. Für mich persönlich gibt es noch etwas anderes. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum man beim Wettbewerb den Bushof nicht auch gleich mit in diesen Wettbewerb hineingenommen hat, denn das Platzproblem der Busse am Dreispitz ist an und für sich noch nicht gelöst. Wir wissen ja, dass das bald auf uns zukommt. Dann werden wir wieder darüber diskutieren. Gibt es einen Einbahnverkehr? Wird doppelspurig befahren? Ich finde es einfach schade, dass man das nicht in diesen grossen Platz integrieren konnte. Stattdessen eine Festwiese für über CHF 3 Mio. mit drei Car-Halteplätzen. Braucht der Jahrmarkt wirklich eine Festwiese für CHF 3 Mio.? Veranstaltungen sind im Sommer vor allem gern am See gesehen. So gäbe es an und für sich noch Einiges zu berichten, was wir diskutiert haben. Unsere Fraktion hat mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung über diese Botschaft abgestimmt.

GR Moos: An unserer letzten Fraktionssitzung haben wir die vorliegende Botschaft intensiv diskutiert – und ich meine wirklich sehr intensiv. Konsens herrscht bei uns in der Fraktion bezüglich einer Lösung für die untragbare Arbeitssituation, die wir in den jetzigen Bauten in der Stadtverwaltung und an der Marktstrasse antreffen. Konsens herrscht bei uns auch bezüglich eines Neubaus des Stadthauses. Zu reden gab bei uns in der Fraktion vor allem die Gestaltung des Baukörpers und Teile der Botschaft als solches. Der Baukörper, wie er jetzt vorliegt, setzt aus Sicht einzelner Fraktionsmitglieder keinen städtebaulichen Akzent. Das neue Stadthaus kommt daher wie ein Verwaltungsbau, was es natürlich schlussendlich auch ist. Man hätte da ruhig etwas mehr wagen dürfen. Ich denke, es geht in eine ähnliche Richtung, wie mein Kollege von der Fraktion FDP/EVP es gesagt hat. Bei der Botschaft sind wir der Meinung, dass wichtige Aspekte zu wenig vertieft behandelt wurden. So war einzelnen Fraktionsmitgliedern die Aussage bezüglich der Belebung des Boulevards nicht ausreichend. Wir haben uns auch gefragt, warum wichtige Kennzahlen in der Botschaft nachgereicht werden mussten. Ich denke, bei einem Projekt, das CHF 48 Mio. kostet, hätte so etwas nicht unbedingt passieren dürfen. Aber ich denke, das sind Details und sollen eigentlich vom Hauptaugenmerk dieses Stadthauses nicht ablenken. Wir als Fraktion FL/RB wollen beliebt machen, dass man auf dem Dach dieses neuen Stadthauses eine Beteiligungs-Photovoltaikanlage, an der sich die Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger beteiligen könnten, was aus unserer Sicht auch zur Identifikation mit dem neuen Stadthaus führen würde. Wir sind auch der Meinung, dass jetzt Zeit ist, dass das Volk darüber befindet. Schlussendlich kann ich vermelden, dass die Fraktion FL/RB einstimmig dem stadträtlichen Antrag zustimmt.

GR Ruedi Herzog: Die Fraktion SP beschäftigt sich seit vielen Jahren immer wieder intensiv mit städtebaulichen Fragen. In vielen Belangen sind die grossen Investitionsprojekte der letzten Zeit unbestritten und wurden auch von der SP mitgetragen und gefördert. Der unbestrittene Bedarf nach mehr Wasserfläche, Erweiterung des Hallenbads Egelsee oder die Neugestaltung der Festwiese, Verbannung der Parkierwüste unter den Boden, ein modernes Verwaltungsgebäude mit adäquaten Arbeitsplätzen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit einem barrierefreien Zugang und mit energie-

tisch überzeugender Gestaltung. Der Stadtrat hat die erwähnten Projekte zusammen mit dem Bushof selber zum Gesamtprojekt Xentrum zusammengefasst und damit ausdrücklich hervorgehoben, dass sie alle in einem engen Zusammenhang miteinander stehen. Unsere Fraktion teilt diese Meinung des Stadtrats explizit. Wir wiesen an verschiedenen Stellen auch immer wieder darauf hin, dass eine gesamtheitliche Betrachtung der Zentrumsentwicklung in der Fläche zwischen Sonnenstrasse, Hauptstrasse, Löwenstrasse und bis zum Bären eine unabdingbare Notwendigkeit ist. Tatsächlich wird seit Jahren geplant und leider zu oft nicht realisiert. Bei all unseren Stellungnahmen zu den verschiedenen Einzelprojekten prüften wir immer einerseits das Projekt als solches im engeren Sinn und die dazugehörige Botschaft, versuchten aber auch, den Gesamtrahmen, in welchem das Einzelprojekt stand oder steht, zu berücksichtigen und zu würdigen. Verbesserung der Arbeitsbedingungen der städtischen Angestellten, kundenfreundlicher und barrierefreier Zugang, energetische Verbesserungen, endlich eine Neugestaltung der Festwiese – es spricht in der Tat vieles für eine Zustimmung zur vorliegenden Botschaft zuhanden der Volksabstimmung. Die SP-Fraktion hat die Vorlage intensiv beraten und dabei wie bei den Projekten der letzten Jahre eine doppelte Perspektive eingenommen. Einerseits die Betrachtung und Beurteilung des konkreten Projekts und der dazugehörigen Botschaft. Dazu gehören Gestaltung, Kosten, Standort, Nutzen, Funktionalität und vieles mehr. Andererseits soll und muss aber auch eine Gesamtschau über die städtebauliche Entwicklung und die Rolle des konkreten Stadthausprojekts darin berücksichtigt werden. Die SP fühlt sich im Hinblick auf die zweite Betrachtungsweise auch besonders angesprochen und in der Pflicht, haben wir doch in den letzten Jahren keinen zeitlichen und finanziellen Aufwand gescheut, um fundierte Beiträge in Sachen Gesamtentwicklung der Zentrumsfläche zu leisten. Drei Themen standen in der Diskussion und Beschäftigung mit dem vorliegenden Projekt bei uns im Fokus: Der erste Punkt bezieht sich auf die konkrete Botschaft zur Realisierung des Siegerprojekts, die zwei folgenden Punkte beziehen sich dann auf den gesamtpolitischen Kontext. 1. Wir vermissen in der Botschaft relevante und anschauliche Zahlen. Einige dieser Zahlen wurden zwar kurzfristig noch nachgeliefert, interessiert hätte aber zum Beispiel ein Vergleich der Flächen, welche den Departementen künftig im Vergleich zu jetzt zur Verfügung stehen werden. Offen blieben Fragen wie die Überarbeitung der Fassadengestaltung, die Aufhebung eines Trottoirs und andere. Es ist uns natürlich absolut bewusst, dass nie in diesem Stadium eines abstimmungsreifen Projekts alle Detailfragen bereits geklärt sein können. Es scheint uns aber dann doch, dass angesichts eines Investitionsvolumens von annähernd CHF 50 Mio., zu dem wir jetzt Stellung nehmen müssen, ein bisschen detailliertere Angaben angemessen gewesen wären. 2. Die SP-Fraktion machte immer klar, dass wir einer Devestitionspolitik sehr skeptisch gegenüberstehen. Ich zitiere in dem Sinn Gemeinderat Abegglen aus der Gemeinderatssitzung vom 15. November 2012 zum Standort Bären des Stadthauses: „Wir würden nicht Hand bieten, dass das alte Stadthaus einfach an den nächstbesten Meistbietenden verkauft wird.“ Das hat auch weiterhin Gültigkeit. Liest man jetzt die vorliegende Botschaft vor diesem Hintergrund, bietet uns diese im Hinblick auf den Umgang mit den frei werdenden bisherigen Verwaltungsgebäuden keinerlei Sicherheit. Alles scheint möglich. Ein Verbleib bei der Stadt mit Eigennutzung, welche aber beträchtliche Sanierungskosten verursachen würde, genauso wie eine allfällige Vermietung. Ob die Mehrheit des Gemeinderats bereit wäre, dazu noch einmal einen zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung zu stellen, da haben wir leider unsere Zweifel, angesichts der bereits geäusserten Absicht, den Steuerfuss zu senken oder auch weiter zu senken. Es bleibt also dann doch vielleicht nur die von uns abgelehnte Variante, die Gebäude zu verkaufen. Das würde allerdings auch wieder voraussetzen, man würde überhaupt einen entsprechenden Käufer finden. Fragen über Fra-

gen, Unsicherheit über Unsicherheit in einem Punkt, wo wir eigentlich gern deutlich mehr Sicherheit hätten. Wir wollen unseren Absichten und Forderungen treu bleiben und unsere politische Seele nicht verkaufen. Aus diesem Grund bedauern wir, dass keine verbindlichen Aussagen in der Botschaft zu finden sind, die unsere Anliegen auch berücksichtigen würden. 3. Wir versuchen seit Jahren, immer die Gesamtschau im Auge zu behalten. Ich zitiere nochmals Kollege GR Abegglen vom 15. November 2012: „Die Diskussion hat uns aber zu einer Position geführt, die ich mit „ja aber“ beschreiben würde.“ Was meinte er damals damit? Eine Zustimmung zum damals verhandelten Standort Bärenplatz wurde von uns in Aussicht gestellt, wenn gewisse Bedingungen erfüllt seien, nämlich, ich zitiere noch einmal: „Dass auch eine Parallelplanung von all dem erfolgt, was miteinander zusammenhängt.“ Ich selber habe mich in dieser Sitzung noch konkreter geäußert. Ich zitiere noch einmal: „Unserer Meinung nach braucht es eine enge Anbindung des Standorts Bärenplatz an die Hauptstrasse. Wenn es ein Ja geben soll, ist das für mich ein Must.“ Interessant ist auch die Antwort, die der Stadtpräsident darauf gab: „Ich bin auch sehr einverstanden mit Gemeinderat Herzog. Die Anbindung an das jetzt definierte Zentrum Hauptstrasse, Löwenstrasse, Sonnenstrasse muss erfolgen. Das muss selbstverständlich in diese Planung einfließen. Denn wir planen nicht nur ein Gebäude, wir planen auch einen Freiraum. Nach der Entscheidung EKD sind es nun sogar zwei Freiräume, nämlich der Dreispitzpark und die Festwiese. Wir planen selbstverständlich auch die Verbindungen und die Erschliessung. Es ist banal zu erwähnen, dass man das macht. Das schliesst ein, dass wir nicht nur das einzelne Objekt anschauen, sondern auch die grössere Umgebung und das ganze Stadtzentrum. Alle Beziehungen, die Sie erwarten, werden selbstverständlich in der Planung aufgezeigt werden.“ Von diesen Anbindungen und Beziehungen, die ich hier zitiert habe, lesen wir in der vorliegenden Botschaft nichts. Die Botschaft stellt das Verwaltungsgebäude isoliert dar. Wir stellen ernüchert fest, dass Anliegen und Forderungen, die wir mehrfach jahrelang eingebracht haben und die auch als selbstverständlich taxiert und akzeptiert wurden, kaum Eingang in die Botschaft gefunden haben. Politik heisst aber auch, Grundsätzen treu zu bleiben und Beharrlichkeit zu zeigen. Diese Grundhaltung bringt uns dazu, an dieser Stelle einen Rückweiserantrag zu stellen.

GR Sanfilippo: Die CVP-Fraktion möchte dem Projekt Stadthaus „als modernes Dienstleistungszentrum für die Bevölkerung mit der Tiefgarage und der neu gestalteten Festwiese als Begegnungszentrum und Erholungszentrum für Jung und Alt“ eine Chance geben. Wir sehen das als eine positive Entwicklung des städtischen Zentrums mit Zukunftspotenzial. So wie es im Leben ist, kann man es nicht allen hundertprozentig recht machen. Daher sollen nicht kleine Details den Ausschlag geben, dass man so ein Projekt – 20 Jahre, habe ich gehört, ist die Planung schon zurück bis zum heutigen Zeitpunkt – verhindert. Die Stadt Kreuzlingen hatte in den letzten Jahren gute Finanzabschlüsse. Die vernünftige Finanzpolitik haben wir immer entscheidend mitgetragen. Sie lässt uns auch durchaus die Freiheit, dieses Projekt zu verwirklichen. Wenn wir jetzt bereit sind, neue Impulse für die Zukunft zuzulassen, dann sind auch die gebildeten Reserven vernünftig angelegt. Die CVP-Fraktion ist bereit und wird dieser Botschaft einstimmig zustimmen.

GR Rüedi: Ich möchte beginnen mit einem Leserbrief von Paul Stähli. Er hat gesagt, ich darf ihn hier zitieren. „Die Gemeinderäte würden heute oft die Faust im Sack machen, heute Abend dafür stimmen und an der Urne dann dagegen.“ Ich möchte das eigentlich nicht. Ich möchte hier eigentlich mit offenem Visier debattieren und meine Meinung dazu sagen. Zu diesem Stadthausprojekt war bei mir nie Liebe auf den ersten

Blick. Liebe kann zwar nach und nach kommen, man kann sich vielleicht auch nachträglich noch verlieben, aber das ist mir auch nicht gelungen. Ich habe mich dann gefragt, wieso gelingt das nicht? Wahrscheinlich habe ich schon die erste Frage, die bei diesem Projekt ganz am Anfang steht, nicht mit Ja beantwortet. Die erste Frage ist ja die: Wollen oder brauchen wir ein zentrales Verwaltungsgebäude? Das ist eigentlich die Ausgangslage für dieses Projekt, dass wir die ganze Verwaltung in einem Gebäude vereinen wollen. Ich habe mir die Frage gestellt, wieso soll man relativ autonome Bereiche wie die Bauverwaltung an der Hauptstrasse 88, die Sozialen Dienste im Sallmannschen Haus in ein zentrales Stadthaus integrieren, wenn die eigentlich recht gut funktionieren? Ich bedaure es, dass man nicht von Anfang an in Alternativen gedacht hat. Eine Alternative wäre ja gewesen, dass man sich die Frage stellt, wo haben wir Mängel? Was fehlt uns? Dass wir Mängel haben, ist anerkannt, vor allem dass wir vielleicht im Bereich der publikumsintensiven Ämter, also Steueramt, Einwohneramt, vielleicht den Öffentlichkeitsschalter, den Informationsschalter oder wenn Besprechungszimmer fehlen, etwas in diesem Bereich machen würden und die Stadtverwaltung um das ergänzen würden, was fehlt. Dass wir vier verschiedene Häuser haben, ist für mich eigentlich kein Kriterium. Die Distanzen zwischen diesen Häusern in Kreuzlingen sind kurz und im Übrigen kann es auch sein, dass ich im neuen Stadthaus auch hundert Meter laufen muss von einem Büro zum anderen. Das ist ja ziemlich lang. Ich war auch noch nie am gleichen Tag auf dem Bauamt und auf der Einwohnerkontrolle. Das gibt es eigentlich nicht, dass man am gleichen Tag zwischen diesen Häusern hin und her geht und Synergien sehe ich auch kaum. Wenn man heute kommuniziert, kommuniziert man in der Regel elektronisch und weniger persönlich. In der Zeitung konnte man lesen, dass wir uns das leisten können. Das stimmt. Ich glaube auch, dass wir uns das leisten können. Aber ganz gratis ist es dann doch nicht. Darauf möchte ich auch hinweisen. In der Botschaft stehen Mehrkosten gegenüber dem heutigen Zustand von CHF 2'025'000. Es ist nicht so, dass es dann ganz gratis wäre. Und so weit weg sind wir mit den gut CHF 2 Mio. an jährlichen Betriebskosten, die man für die Schwimmhalle ausgewiesen hat, nicht. Als Bürger dieser Stadt darf ich eigentlich sagen, dass ich das Geld lieber für ein redimensioniertes Schwimmhallenprojekt ausgabe als fürs Stadthaus. In der Botschaft heisst es, dass es zu diesem Projekt keine Alternative gibt. Ich möchte aber auch einen Punkt aufgreifen, den Ruedi Herzog schon gesagt hat. Was ist mit den bestehenden Verwaltungsgebäuden? In der Botschaft heisst es, die vier Gebäude, die wir haben, haben einen Sanierungsbedarf von CHF 16.5 Mio. Was passiert dann? Müssen wir nicht einen Grossteil dieser CHF 16.5 Mio. ohnehin aufwenden? Ich habe mir die Mühe gemacht, um noch rasch im Hinweisinventar der Denkmalpflege nachzuschauen. Da steht: Hauptstrasse 62 Stadthaus wertvoll, Hauptstrasse 74 Sallmannsches Haus wertvoll, Hauptstrasse 88 Bauverwaltung wertvoll. Marktstrasse 4 und 6 Gesamtform erhaltenswert. Drei dieser vier Verwaltungsgebäude sind also wertvolle Zeugen der Baukultur. Diese kann man doch nicht einfach so deinvestieren sprich verkaufen. Beim Sallmannschen Haus sagt man, dass es ohnehin im Besitz der Stadt bleiben soll, das sagt auch der Stadtrat. Ich meine, auch bei der Hauptstrasse 88 wäre ein Verkauf nicht angezeigt, weil die Hauptstrasse 90 ja auch der Stadt gehört, die ist vermietet. Zudem war dort bei der Hauptstrasse 88 der Durchgang zur neuen Schwimmhalle gedacht. Wenn die Situation mit der Schwimmhalle nicht geklärt ist, glaube ich nicht, dass man die Liegenschaft Hauptstrasse 88 verkaufen kann. Dann würde noch das Stadthaus bleiben und das gäbe dann potenziell einen Problemfall. Dann haben wir etwas über die Energiebilanz gehört. Es heisst, das neue Stadthaus benötigt weniger Energie als das bestehende. Was soll das? Hoffentlich auch! Wir haben ja heute ganz andere Bauvorschriften. Man bekäme ja gar keine Baubewilligung mehr mit der Energiebilanz, die das alte Stadt-

haus hat. Aber das ist doch eine Selbstverständlichkeit und nichts, was speziell hervorgehoben werden müsste. Aber wie ist denn die Gesamtenergiebilanz? Das alte Stadthaus steht ja dann immer noch. Es ist ja nicht so, dass wir in der Gesamtenergiebilanz besser wären, sondern wir haben das neue Stadthaus, das im Energiebereich gut ist, und das alte Stadthaus, das nicht so gut ist. Das heisst, wenn man verantwortungsbewusst wäre, müsste man trotzdem Geld in die Sanierung des bisherigen Stadthauses investieren. Aber dann sind wir wieder am gleichen Punkt, dass wir eigentlich sagen müssen, ein Grossteil des Investitions- und Renovationsbedarfs von CHF 16.5 Mio., der in der Botschaft ausgewiesen wird, müssen wir trotzdem auch noch ausgeben. Wo wir den Bagger auffahren lassen können, ist an der Marktstrasse. Das könnte passieren. Da könnte man sagen, wir machen diese Häuser dem Erdboden gleich. Dort gäbe es wahrscheinlich dann ein neues Projekt. Wenn das Stadthaus auf der Festwiese realisiert wird, gäbe es dort eine neue Überbauung; diese Häuser dort müssten sicher Platz machen.

Ich möchte noch einen ganz kleinen Aspekt erwähnen. Es ist eigentlich nicht wichtig, aber es ist ein bisschen ein Nebenaspekt. Die Gebäudelänge beträgt 112 Meter. Dafür braucht es eine Ausnahmegewilligung. Ich fand es ein bisschen komisch, dass die Stadt für sich in Anspruch nimmt, dass sie vom eigenen städtischen Baureglement abweichen darf und sagt, wir bekommen diese Ausnahmegewilligung sicher. Ich zweifle nicht daran, dass die Stadt sie bekommt, denn wer gibt die Ausnahmegewilligung? Die gibt der Kanton und rundherum ist bloss öffentliche Hand als Grundeigentümer. Wir haben nirgends einen möglichen Einsprecher. Aber die Begründung für die Ausnahmegewilligung, dass man sagt, sie ist demokratisch legitimiert, wenn die Mehrheit der Kreuzlinger der Vorlage zugestimmt hat, ist eigentlich keine rechtliche Begründung, sondern es werden einfach Fakten geschaffen. Setzt die Stadt einen städtebaulichen Akzent? Das haben wir von Ruedi Herzog schon gehört. Gibt das Stadthaus dem Zentrum ein Gesicht? Das glaube ich ehrlich gesagt nicht. Wahrscheinlich war halt die Aufgabenstellung für die Architekten eine Mission impossible. Ich denke, Tom Cruise hätte das auch nicht lösen können. Wenn man sagt, dass die Sicht auf die Basilika St. Ulrich erhalten bleiben soll, dann ist es einfach so, dass diese Basilika den Platz davor beherrschen muss. Also kann das Stadthaus keinen Akzent mehr setzen, sondern dann muss es halt irgendwie an den bestehenden Dreispitz angeschmiegt werden. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, das neue Gebäude setzt einen städtebaulichen Akzent. Dann heisst es auch noch, das Stadthaus gibt uns Selbstbewusstsein. Ich weiss nicht, mir geht es nicht unbedingt so. Es ist auch sonst okay für mich. Was ich bei diesem Projekt ein bisschen vermisse, ist typisch Thurgau, eine Eigenschaft: ein bisschen Bescheidenheit. Ich glaube, ein bisschen mehr Zurückhaltung und Bescheidenheit hätte der Gesamtplanung meines Erachtens gut getan. Ich möchte es auch nicht unterlassen, einen grossen Verlierer bei diesem Projekt zu erwähnen. Das ist der Boulevard. Das Stadthaus, denke ich, ist einer der grössten Frequenzbringer am Boulevard mit vielen Leuten, die dort ein- und ausgehen. Klar, viele Leute haben den Boulevard vielleicht schon verloren gegeben und sagen, es ist nun halt so, das können wir nicht mehr retten. Aber der Boulevard würde mit dem Umzug der Stadtverwaltung gewaltig verlieren, und das neue Projekt wäre sicher ganz schlecht für den Boulevard. Gut, es war nicht Liebe auf den ersten Blick, in den letzten Jahren ist die Liebe zu diesem Projekt auch nicht gekommen, aber ich habe mir gedacht, wahrscheinlich bin ich zu alt dafür und frisch verlieben ist ein Privileg der jungen Generation und daher meine ich: Lassen wir die Philosophie über die Liebe. Ich wollte einfach die Meinung einer Minderheit unserer Fraktion nach aussen tragen.

GR Lioi: Es war einmal ... So fängt ein Märchen an. Aber weil dies kein Märchen ist, habe ich mich für etwas anderes entschieden. Vor über 60 Jahren stimmten die Stimmbürger von Kreuzlingen über den Bau der Hauptstrasse ab. Von 1950 bis 1954 verdreifachte sich der Verkehr, Reisebusse verfünffachten sich. Der Ausbau war also nichts anderes als notwendig und dringend. Stadtrat und Gemeinderat waren zerstritten. Über die Hauptstrasse stimmten die Stimmbürger von Kreuzlingen drei Mal ab. Damit es beim dritten Mal klappt, holte der Stadtrat Professor Dr. Ing. Kurt Leibbrand, Professor an der ETH Zürich, als externen Berater. Mit seiner Erfahrung stimmten die Stimmbürger endlich zu. Zum Jahresbeginn 1956 begannen die Bauarbeiten. Bekanntlich ist die Verkehrsführung der Hauptstrasse respektive des Boulevards heute immer noch aktuell. Fast 50 Jahre später wiederholt sich die Geschichte traditionsgemäss. Wieder stimmte der Stimmbürger drei Mal über ein Strassenprojekt ab. Ich spreche von gemeinsam langsam, Strassen am Gleis, Bellevuestrasse und endlich wurde die Chance Nord angenommen. Die Chance Nord wurde 2009 eingeweiht. Wieso erzähle ich das? Ich möchte nicht, dass über das Stadthaus wieder drei Mal abgestimmt wird. Ich freue mich auf den Bau des neuen Verwaltungsgebäudes. Ich freue mich jetzt schon auf die Einweihung des Stadthauses. Vorausgesetzt, dass wir das richtige Signal an die Bevölkerung senden, vorausgesetzt, dass der Stimmbürger Ja sagt. Das jetzige Stadthaus ist Kreuzlingen nicht würdig. Es ist überall eng, hat keinen Lift, ist nicht behindertengerecht. Das kennen wir alle. Stimmen wir dem Projekt zu, damit die Bevölkerung von Kreuzlingen auch Ja sagt. Die Politik der kleinen Schritte hat Erfolg, auch wenn dies ein grosser Schritt ist.

GR Brändli: Ich bitte um ein kurzes Timeout, damit die Kinder der eingebürgerten Familien den Saal verlassen und heim ins Nest können, denn auch der Schulpräsident schaut schon komisch.

Der Ratspräsident: Schön. Die Grossen dürfen bleiben, das war früher auch schon so. Wir sind noch bei den allgemeinen Voten. Gibt es noch allgemeine Voten? Sonst möchte ich die SP-Fraktion fragen: Ist der Rückweisungsantrag jetzt fällig oder stellt ihr ihn am Schluss?

GR Hebeisen: Ich möchte zum Rückweisungsantrag noch rasch etwas sagen. Dieser ist nämlich ernster gemeint, als es vielleicht erscheint. Wenn wir darüber diskutieren und abstimmen, geht es nicht für oder gegen das Stadthaus, sondern es geht fürs Stadthaus oder sehr fürs Stadthaus. Ich versuche nun auch eine Mission impossible, euch zu erklären, warum ihr dem Rückweisungsantrag eigentlich zustimmen sollt, wenn ihr sehr für das Stadthaus seid. Denn unser Antrag ist der Sorge getragen, dass man eine möglichst breite Zustimmung bekommt. Die Abstimmung wird kein Spaziergang, daher soll es auch diese Gemeinderatssitzung nicht werden. Wie sieht es abstimmungstaktisch aus? Ich versuche, es aus einer etwas anderen Optik zu beleuchten als GR Herzog. Wir haben in Kreuzlingen immer einen relativ hohen Anteil an Nein-Stimmen. Das sind konsequente Neinstimmen. Die sind, ich kann es mir leider nicht verklemmen, das zu sagen, natürlich auch ein Produkt der pekuniär ausgerichteten investitionsfeindlichen Politik in Kreuzlingen, wo der Stadtpräsident vor allem Säckelmeisterfunktionen erfüllt. Neben diesem erratischen Nein-Block gibt es die Marktsträssler – ich würde sie mal so nennen –, die eigentlich immer noch sagen würden, dass es eventuell besser wäre an der Marktstrasse, weil es auch näher im Zentrum ist. Die sind von der Sorge getragen, was dort passiert. Und die Marktsträssler holen wir nicht mit irgendwelchen Plattitüden ab, wie sie in der Botschaft stehen, man würde dann schon irgendwann schauen, was mit den Gebäuden an der Marktstrasse passiert

und was dort generell passiert. Die Marktsträssler, davon bin ich überzeugt, holen wir nur ab, wenn wir ihnen aufzeigen, was dort tatsächlich passieren wird, wenn das Stadthaus an den Standort kommt, der jetzt vorgesehen ist, und zwar konkret und konsequent, und zwar gesellschaftspolitisch sinnvolle Projekte und Projekte, die die Zentrumsentwicklung fördern. Dann haben wir noch die potenziellen Nein-Stimmen, die das Stadthaus zu peripher sehen. Ihnen fehlt der Bezug zur Hauptstrasse. Das möchte ich aber nicht wiederholen, das wurde bereits gesagt. Und dann gibt es noch jene, die bemängeln, dass es der städtischen Politik an Konsistenz, an Nachhaltigkeit und an der notwendigen Gesamtsicht fehlt und zu denen gehört unsere Fraktion. Da redete man doch jahrelang von diesem unmöglichen Zungenbrecher Xentrum – inzwischen habe ich gelernt, es zu sagen, jetzt wo es nicht mehr gebraucht wird. Uns wurde weisgemacht und das war an sich richtig, dass das Ganze im Rahmen einer Gesamtsicht angeschaut werden muss. Die Schwimmhalle brach dann weg, das war vielleicht auch nicht der zentrale Bestandteil, aber der Bushof, die Verbindung zur Hauptstrasse, gehört natürlich mit dem Stadthaus zusammen. GR Herzog hat es sehr schön aufgezeigt, das war bisher ja auch städtische Politik. Jetzt ist der Bushof das Loch hinunter und jetzt soll das alles plötzlich nicht mehr gelten. Jetzt bringt man ein isoliertes Stadthaus, und die ganzen anderen Punkte mit der Verbindung zur Hauptstrasse sollen keine Rolle mehr spielen? Ich behaupte, das schafft Nein-Stimmen. Das schafft Nein-Stimmen, wenn man so mit einer Botschaft daherkommt. Vielen Leuten leuchtet das nicht ein, die sehen nicht ein, wieso etwas, was lange galt, plötzlich nicht mehr gelten soll. Und vor allem leuchtet ihnen auch inhaltlich nicht ein, weshalb das, was früher jeweils richtig gesagt wurde, dass wir eine Verbindung zur Hauptstrasse brauchen, wenn das Stadthaus dort ist, wieso man in der Botschaft darüber kein Wort verliert. Es war ja eindrücklich. Ich wusste es gar nicht, aber Ruedi Herzog hat es für sich vorbereitet, was da früher gesagt wurde. Das habe ich heute Abend zum ersten Mal gehört. Ich bin völlig erschüttert, das muss ich ganz offen sagen. Erschüttert, wie man innert weniger Jahre als Stadtpräsident bzw. Stadtrat so die Fahnen in den Wind hängen und alles über Bord werfen kann, was man damals als richtig angeschaut hat. Offenbar hat man den Zungenbrecher Xentrum jetzt über Bord geworfen. Ich muss es zumindest vermuten, zumal dazu nichts in der Botschaft steht. Ich bin ja bei den potenziellen Nein-Sagern. Nicht ich, aber es gibt die, die potenziell nein sagen. Dann gibt es noch die, die die Botschaft als zu dünn anschauen. Das wurde heute Abend auch schon erwähnt. Sie ist es tatsächlich. Für das Projekt, das wir hier miteinander stemmen wollen, ist sie dünn. Und nun komme ich insofern zum Schluss, wenn wir dem Stadthausprojekt eine Chance geben wollen, müssen wir die potenziellen Nein-Sager, die ich nun aufgeführt habe, abholen. Es sind mindestens fünf Themenbereiche, wo wir potenzielle Nein-Sager haben. Und wenn wir das nicht machen, laufen wir in ein grosses Risiko, dass von den Zungenbrecherprojekten, ich nenne sie mal so, auch dieses noch bachab geht. Und bitte versteht unseren Rückweisungsantrag so, nicht gegen das Stadthaus, sondern aus Sorge für das Stadthaus. Denn wir glauben, wenn die Nein-Stimmer, die ich aufgezählt habe, nicht abgeholt werden, wird es ganz, ganz kritisch. Daher sind wir für eine Rückweisung. Ich bitte euch, dafür zu stimmen, damit der Stadtrat die Möglichkeit erhält, da nachzubessern, um die Nein-Stimmer auf die richtige Seite zu holen.

Der Ratspräsident: Der Rückweisungsantrag steht zur Diskussion.

GR Salzmann: Ich bitte die SP, den Rückweisungsantrag nach der Detailberatung zu stellen. Ich denke, der Stadtrat soll die Voten, die vielleicht in der Detailberatung noch gestellt werden, auch noch mitberücksichtigen, falls der Rückweisungsantrag ange-

nommen wird, damit er beim zweiten Mal, wenn er die Vorlage wieder bringt, diese Voten auch noch integrieren kann.

GR Hummel: Ich werde in diesem Jahr 62, und ich würde die Einweihung gern noch erleben. Wenn wir auf die perfekte Botschaft warten, auf alle Abklärungen, werden wir nie ein Stadthaus bekommen. Man kann dafür sein, oder man kann dagegen sein, aber ich finde, man soll jetzt einfach einmal entscheiden.

GR Moos: Um beim Votum von GR Hummel anzuschliessen, ich persönlich finde blinden Aktionismus eigentlich die allerschlechtesten Lösung. Ich denke, es wäre gut, wenn wir vielleicht die Sitzung fünf oder zehn Minuten unterbrechen würden und aufgrund der für mich zum Teil neuen Erkenntnisse oder neuen Aspekte und Abwägungen uns kurz in der Fraktion beraten könnten bezüglich Rückweisungsantrag.

Der Ratspräsident: Vielleicht können wir zuerst die Voten fertigmachen.

GR Brändli: Es wäre schön, wenn wir von der SP noch hören würden, ob ihr den Rückweisungsantrag für nach der materiellen Beratung zurückstellen würdet? Danach können wir meinetwegen eine kleine Pause machen, Kollege Moos.

GR Hebeisen: Wir sind an sich der Meinung, dass wir jetzt darüber abstimmen. Denn die materielle Beratung trägt nichts dazu bei. Da werden keine neuen Erkenntnisse kommen, davon bin ich ziemlich überzeugt. Bis dann sind natürlich auch die Argumente etwas verblasst. Es ist auch ein bisschen ein taktischer Hintergrund. Daher finde ich das Vorgehen sinnvoll. Pause, Abstimmen und dann vielleicht weiter oder vielleicht nicht.

STP Netze: Der Stadtrat möchte zu zwei Punkten Stellung nehmen und darauf eingehen. Man kann nicht auf das ganze polemische Votum von GR Hebeisen eingehen, denn darin sind Punkte, die man im Einzelnen anschauen müsste. Wir gehen aber sachlich vor auf zwei Punkte. Das eine ist die Nachnutzung der alten Liegenschaften und das Zweite ist die Verkehrsgeschichte. Die Seiten 17 bis 20 der Botschaft widmen sich dem Thema der Nachnutzung der Altliegenschaften. In keinem Ton und mit keinem Wort ist gesagt, dass diese Liegenschaften verkauft werden. Ich weiss nicht, woher das kommt. Auf jeden Fall steht das nirgends. Es ist eine Möglichkeit. Man muss aber weiterlesen als bis zu den drei Punkten. Man kann sie entweder vermieten, man kann sie im Baurecht abgeben oder man kann sie verkaufen. Diese drei Möglichkeiten haben wir. Ich möchte das noch etwas ausführen. Wir haben es in der WBU schon gemacht, aber da waren Sie nicht alle dabei. Daher finde ich es wichtig, dass wir das hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Wir sind uns darin alle einig, auch wir wollen, dass die Liegenschaften nachher gut genutzt werden, dass sie sinnvoll genutzt werden im Interesse der Stadt, also im öffentlichen Interesse. Wir suchen also die beste Lösung für jede einzelne dieser vier frei werdenden Liegenschaften. Die Mittel und der Weg, wie wir dorthin kommen, sind aber unterschiedlich pro Liegenschaft. Die Liegenschaften liegen an unterschiedlichen Orten, haben einen unterschiedlichen Charakter, und man muss jede gesondert anschauen. Eine Gemeinsamkeit haben sie, es wurde schon gesagt, es sind alte, geschützte Liegenschaften, über hundertjährig, sie sind sanierungsbedürftig. Ausser die Marktstrasse 4 sind auch alle denkmalgeschützt und daher nicht veränderbar. Wir werden folgendermassen vorgehen und es ist auch in der Botschaft so angetönt: In einem ersten Schritt werden wir mögliche Nutzungen definieren. Diese sind aber abhängig je nach Liegenschaft vom Gebäude, vom En-

semble um diese Liegenschaft herum, aber auch ausgerichtet natürlich auf die Zone und die Umgebung. Weil diese Gebäude alle heute schon als Bürohäuser oder Verwaltungsgebäude ausgebaut sind, kommt dort als Nutzung primär Verwaltung, Dienstleistung, Büro infrage, eher weniger Handel und auch kein Wohnen. Primär einmal, weil sie schon so ausgebaut sind. Vielleicht ganz kurz noch einmal die vier Liegenschaften, damit man das in der Zusammenfassung hat:

Hauptstrasse 88: Bauverwaltung

Hauptstrasse 90: Ist vermietet, ist für Administration ausgelegt, das könnte eine sinnvolle Nutzung sein. Es wurde heute schon richtig erwähnt, der Durchgang für das spätere Thermalbad oder die Erweiterung des Thermalbads Egelsee wird dort irgendwo zu liegen kommen. Also ist es ja klar, dass das in die Überlegungen miteinbezogen wird. Weil ja jetzt die Planungen für das Thermalbad wieder angelaufen sind, läuft das wunderbar parallel, ist aber zum heutigen Zeitpunkt noch nicht zu entscheiden. Interessenten für diese Liegenschaft sind bereits vorhanden.

Hauptstrasse 74, Sallmann-Haus: Aus unserer Sicht ist das noch einmal eine höhere Kategorie. Diese Liegenschaft bleibt in der Hand der Stadt. Sie wird vermietet, auch nicht im Baurecht abgegeben, denn es gibt ja die drei Möglichkeiten. Da müssen wir schauen, weil es ja noch einen Anbau hat, was wir damit machen. Dort ist im Moment das Dienstleistungszentrum drin. Wird das ausgebaut? Wird das Frauenprojekt dazu genommen oder kommt das allenfalls an einen anderen Ort hin? Auch das wird genau angeschaut. Auch hier sind bereits Interessenten vorhanden für die Miete.

Hauptstrasse 62, Altes Stadthaus: Dieses muss zusammen mit der Marktstrasse 4 und 6 und dem ganzen Streifen entlang der Marktstrasse angeschaut werden. Wegen der Grösse und der Lage dieser Parzellen wird über das ganze Areal zwischen Hauptstrasse und Sonnenstrasse ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept erstellt. Das Ergebnis fliesst ein in einen Gestaltungsplan. Denn Erschliessung, Nutzung und Gebäudeformen werden dort festgelegt. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass dieser Planungsaufwand, den man dazu betreiben muss, erst dann gemacht wird, wenn wir wissen, dass die Gebäude effektiv leer werden, also nach der Volksabstimmung.

Es wäre auch ungeschickt, wenn man jetzt in dieser Botschaft bereits für jede dieser vier Liegenschaften eine Lösung hätte und sagt, so soll es sein. Denn man hat es jetzt ja bereits gehört. Es gibt wahrscheinlich sehr unterschiedliche Auffassungen. Was ist richtig? Welche Nutzung ist die beste im Interesse der Stadt? Über diese Fragen werden wir und müssen wir natürlich reden, aber wir machen nicht eine Botschaft, wo wir über fünf Gebäude sprechen, sondern im Moment eine Botschaft, wo wir ein Gebäude im Zentrum haben. Das ist die angedachte, mögliche angestrebte Nutzung dieser Liegenschaften. Diese muss man zuerst klären. In einem zweiten Schritt folgt die Klärung der Eigentums- und Besitzverhältnisse oder der Investoren. Hier kommen die drei theoretischen Möglichkeiten Vermietung, Abgabe im Baurecht oder Verkauf. Bei der Vermietung ist es klar, wenn man vermietet, wird die Sanierung, die gemacht werden muss, durch die Stadt erledigt. Gibt man es im Baurecht ab, überträgt man diese Aufgabe dem Baurechtsnehmer, der das Gebäude seinen Bedürfnissen entsprechend gestaltet. Wir sind ja jetzt dran, und es ist wichtig, dass man das hier noch einmal sagt: Das ganze Verfahren des Baurechts gemeinsam mit den Fraktionen nochmals anzuschauen. In der Beantwortung der schriftlichen Anfragen der Fraktionen wird dargelegt werden, wie wir uns künftig das Verfahren vorstellen unter Einbezug des Gemeinderats, was ja vom Gemeinderat gewünscht wurde. Dort wird bereits in einem anderen, etwas differenzierteren Verfahren, auch längeren Verfahren gemeinsam geschaut, welche Nutzung in den Liegenschaften sein soll, die man im Baurecht abgeben will und wer der richtige Baurechtsnehmer ist. Da gibt es ein neues Verfahren, das wir

Ihnen in der schriftlichen Beantwortung, die bereits vorliegt, vorschlagen werden. In jedem Fall, und das ist ganz wichtig, legt die Stadt die Bedingungen fest. In jedem Fall muss man die Liegenschaften, wenn man sie anders nutzt als für die Verwaltung, vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen übertragen. Das kann man nicht einfach mit einem Stadtratsbeschluss machen. Gemäss Kompetenzordnung ist das Sache des Gemeinderats. Man gibt also überhaupt nichts aus der Hand. Man wird einbezogen in die Nutzungsplanung und dann noch einmal bei der Überführung. Bei jedem Vertrag, den wir abschliessen, ist je nach Volumen, und das ist natürlich bei diesen Liegenschaften gegeben, gemäss Gemeindeordnung der Gemeinderat oder sogar das Volk zuständig. Also falls es jemand befürchtet und das habe ich jetzt herausgehört, es wird befürchtet, kann ich ganz klar sagen, der Stadtrat kann und wird und will nichts einfach so schnell verkaufen, sondern wir wollen wie gesagt das Verfahren durchgehen, das ich gerade beschrieben habe. Es gibt keine Abgabe an einen Meistbietenden, wie das unterstellt wird. Sondern die Abgabe wird sein an Mieter oder Baurechtsnehmer oder allenfalls Käufer, wo die Anforderungen an die Nutzung, die wir gemeinsam stellen, die wir gemeinsam definieren, und an weitere Kriterien erfüllt werden. Bei beiden Schritten, bei der Festlegung der Nutzung und bei der Regelung der Eigentumsverhältnisse ist der Gemeinderat beteiligt und kann mitgestalten. Zusammen, und da bin ich überzeugt, werden wir für alle vier Liegenschaften oder für das Areal, das ist nur zwischen Hauptstrasse und Sonnenstrasse ein grösseres Areal, die beste Lösung finden. Das ist der Punkt zum „Vertschute“ oder Verkaufen oder Veräussern von Liegenschaften, was nirgends steht und auch nie gesagt wurde. Das wollte ich hier klarstellen.

SR Zülle: Was gesagt wurde, schaue ich nicht so als polemisch an. Ich habe sogar Freude, denn ich habe herausgespürt, dass ihr eigentlich fürs Stadthaus seid. Das freut mich und macht mich zuversichtlich, dass man euch auf die Seite bringt, dem Stadthaus, wie es jetzt in der Botschaft vorliegt, zuzustimmen. Ich weiss aber, worauf es abzielt, nämlich eben auf diese Xentrumsprojekte. Man muss aber wissen, diese Xentrumsprojekte waren immer drei. Es waren von Anfang an immer drei Botschaften. Es war immer geplant, sie in einem Zyklus von mehreren Monaten oder Jahren zu bringen. Das war die Schwimmhalle, das war der Busbahnhof und jetzt eben das Stadthaus. Ein Xentrumsprojekt war eben der Bushof oder Busbahnhof, oder wie wir ihn nennen wollen, der sehr umstritten war. Warum war das umstritten? Die SP, das weiss ich, und viele mehr sagten, wir müssen zwischen Bärenplatz und dem ceha! für den MIV, den Individualverkehr schliessen und müssen dort einen Bus machen und vielleicht noch den Langsamverkehr durchlassen. So etwa habe ich es noch im Kopf. Dann wird man so auch den Boulevard entlasten. Das war die Idee und das konnte ich absolut nachvollziehen. Dann gab es andere, die sagten der Bushof ist völlig am falschen Ort, der gehört hinunter zum Stadtbahnhof. Dann gab es noch Leute, die dagegen waren, die sagten, das kostet viel zu viel Geld. Das braucht es nicht, der Bushof, wie er jetzt ist, genügt. Ablehnen. Und diese Konstellation brachte beim Volk ein Nein und der Bushof als Xentrumsprojekt ging bachab. Wir sagten dann, der Bushof ist für uns nicht gestorben. Erstens funktioniert er ja noch, wir konnten mit ein paar Verbesserungen auch schauen, dass die langen Zwölfmeterbusse halten können, aber er hat noch gewisse Mängel, zum Beispiel Langsamverkehr, Velofahrer etc. ist noch nicht glücklich gelöst. Und wir sind auch nicht sicher, ob wir zum Teil noch einen gewissen Ausbau machen müssen und das ist auch vorgesehen, wir haben den Platz dafür bereitgestellt. Den Bushof aber jetzt schon zu bringen, wäre eigentlich falsch, denn es hat eine sehr genaue Bewandtnis, wann der richtige Zeitpunkt ist, wenn man andere Sachen gelöst hat und das eine ist der Boulevard. Wir haben die Verkehrsführung Boulevard, wo wir für zwölf Monate ein anderes Verkehrsregime einführen wollten. Der so-

genannte Runde Tisch arbeitete etwas aus und sagte, das wäre das Richtige für Kreuzlingen, wenn der Verkehr so läuft. Es gab dann Einsprachen, zwei blieben hängen und sind jetzt vor dem Verwaltungsgericht. Erst wenn wir Gewissheit haben, dass das Verwaltungsgericht der Stadt Recht gibt, respektive dem Runden Tisch, und die Verkehrsführung so zulässt, wissen wir auch, wie der Bushof gestaltet werden muss und wie die Busse fahren müssen. Das weiss Thomas Beringer noch besser als ich. Die Linienführung hat einen Zusammenhang mit dem, was am Schluss beim Boulevard abläuft, wie das Verkehrsregime ist. Wir hoffen auch, dass wir den Verkehr beim Boulevard um etwa 50 Prozent senken können. Das andere ist noch das Stadthaus. Es gab auch Ideen, den Busbahnhof oder Bushof auf dem Bärenplatz zu machen. Es ist natürlich wichtig, und ich bin überzeugt und hoffe, dass das Stadthaus kommt, dann ist auch etwas klar: Auf dem Bärenplatz gibt es keinen Bushof. Also ist schon wieder etwas weg. Sie sehen, der Bushof kam eigentlich damals zu früh. Er sollte eigentlich am Schluss der Linie als eigene Botschaft kommen. Die SP und die Gewerkschaften wollen nun natürlich diese Botschaft vor dem Volk retten, indem man sie noch einmal zurücknimmt und noch vieles einpackt. Ich glaube, in dieses Einpacken sehe ich auch den Bushof, diesen auch noch einzupacken. Aber je mehr man in eine Botschaft einpackt, desto mehr Gegner werden wir haben. Nämlich all die, die mit allem unzufrieden sind. Mit der Bushofvariante waren immerhin sehr viele unzufrieden. Und wenn am Schluss unser Stadthaus abgelehnt wird, weil die Diskussion auf dem Bushof läuft, muss ich sagen, haben wir Kreuzlingen und all denen, die das Stadthaus wollen, einen Bärendienst erwiesen. Deshalb möchte ich Sie bitten, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

GR Ruedi Herzog: Ich möchte kurz auf einige Sachen reagieren, die seitens SR Zülle und STP Netze gesagt wurden. Lieber Ernst Zülle, es geht nicht darum, uns jetzt zu überzeugen. Ich glaube, wir haben es vorhin deutlich gesagt, es geht darum, die Stimmbürger, namentlich die kritisch gestimmten Geister unter der Stimmbevölkerung für das Stadthausprojekt zu gewinnen. Ich fürchte ein bisschen, dass der Stadtrat die Situation falsch einschätzt. Es gibt sehr viele Leute aus sehr vielen Kreisen mit sehr vielen verschiedenen Motiven, die sehr kritisch eingestellt sind. Wenn man da nichts macht, ist ein Scheitern meiner Meinung nach absolut vorprogrammiert. Es geht auch nicht darum, dass unsere Idee wäre, dass der Stadtrat jetzt eine Megabotschaft oder drei verschiedene Botschaften mit Stadthaus, dem neuen Bushof und vielleicht auch gleich noch der Marktstrasse bringen müsste. Darum geht es nicht. Es geht darum, dass man Klarheit darüber schafft, was dort passieren soll. Nicht ob der Bushof drei Meter mehr dorthin oder ob das Trottoir 20 Zentimeter oder 17 Zentimeter hoch ist oder um irgendwelche anderen technischen Details. Es geht um die konzeptionellen Fragen, und diese müssen geklärt sein. Ich denke, das wollen die Leute wissen. Es wurde immer betont, wir haben es vorhin mehrfach belegen können, dass die Anbindung und das konzeptionelle Denken zentral sind. Das haben wir immer betont. Darum gab man dem Ganzen ja auch den Gesamtnamen Xentrum. Es ist wirklich zentral, da hatte der Stadtrat absolut recht, indem er es damals als Gesamtes anschaute. Glauben nützt eben im Moment nichts. Wenn es um fast CHF 50 Mio. geht, dann ist es halt einfach so, dass man denen, die nicht ganz hundertprozentig dagegen sind, aber so irgendwo ein bisschen in Richtung Nein tendieren, Sicherheit geben muss. Sicherheit gibt man nicht, indem man auf den Seiten 17 bis 20 in der Botschaft zeigt, dass man verkaufen könnte, dass man sanieren und vermieten könnte, dass man sanieren und selber nutzen könnte. Das weiss ich selber auch, dass man das könnte. Es geht darum, dass interessiert, was dort passieren soll. Ob das dann der Stadt gehört oder jemand anderem – Nutzungskonzept, Entwicklungspotenzial und Konzept ist das, was

eigentlich gefragt wäre. Es wurde vorhin vom Stadtpräsidenten gesagt, man solle nach der Abstimmung über das Verwaltungsgebäude die Planungen angehen. Man solle das nicht vorher machen, das wäre ja vergebens gewesen. Das sehen wir dezidiert genau umgekehrt. Man hatte jetzt Jahre Zeit, wo dieses Konzept reifte, ausgearbeitet wurde etc., um sich zu überlegen, wie man die Leute, die das Stadthaus zum Beispiel nicht dort sehen, wo es jetzt geplant ist, trotzdem gewinnen könnte. Wie könnte man für diese Leute Sicherheit schaffen und ihnen zeigen, jawohl, an der Marktstrasse, und darum geht es wahrscheinlich in aller erster Linie, wird nachher das und das passieren? Diese Sicherheit braucht es, sonst wird man im Juni ein Desaster erleben. Davon bin ich ziemlich überzeugt.

GR Portmann: Ich bin ein bisschen erschrocken. 2003 zog ich einmal für eine kurze Zeit respektive für zwölf Jahre geschäftlich bedingt für das Familienunternehmen nach Vaduz. Dort oben hat es sehr viele Ähnlichkeiten zur Stadt Kreuzlingen. Man diskutiert Jahrzehnte und weiss nicht wohin. Man schaute viele Projekte an. Man machte Xentrum, man sagte, man will eine Schwimmhalle, man sagte einen Busbahnhof, man sagte ein Verwaltungszentrum. Ich persönlich bin absolut dafür, dass man ein Verwaltungszentrum hat. Den Standort Bärenplatz finde ich nicht schlecht. Das hat auch einen Grund. Der Grund ist der Detailhandel. Wenn man heute den Detailhandel anschaut, man hat einen Boulevard gemacht, der funktioniert hinten und vorne nicht, das müssen wir uns eingestehen. Ob nun das Stadthaus dem Detailhandel am Boulevard Frequenz bringt, bezweifle ich sehr stark. Das sieht man auch an den leeren Räumen dort. Was gibt es für Möglichkeiten? Eine Möglichkeit ist, das Stadthaus oder Verwaltungszentrum auf den Bärenplatz zu stellen. Dann kann man es vielleicht auch verkehrstechnisch einmal in Angriff nehmen, dass der Boulevard wieder belebt wird. Aber auf so einen Platz muss etwas, was die Leute bringt, und ein Stadthaus auf dem Boulevard bringt nicht die Leute für den Detailhandel, die hier in Kreuzlingen ein Geschäft betreiben. Das sehen wir auch in den Jahren, seit ich wieder zurück in Kreuzlingen bin, an der Konstanzerstrasse. Auch dort unten sind wir am Kämpfen. Zu den Projekten Xentrum möchte ich einfach noch sagen, wir müssen zwei Sachen beachten. Die einen haben gesagt, eine Schwimmhalle finde ich genial, weil sie Schwimmer sind. Ein grosser Teil hat aber auch gesagt, eine Schwimmhalle brauche ich nicht, weil mir das nichts dient. Beim Busbahnhof haben viele Junge gesagt, einen Busbahnhof brauche ich nicht, weil ich mit dem Auto fahre. Die Älteren haben gesagt, ich brauche einen. Den haben wir auch nicht gewonnen, sondern verloren. Wir müssen eines beachten: Ein Verwaltungszentrum braucht die ganze Stadt Kreuzlingen, damit wir einen Ort haben, wo wir alle Sachen abwickeln können und nicht von Haus zu Haus rennen und die Sachen auf einem komplizierten Weg machen müssen. Mein Votum ist. Wir brauchen das Stadthaus. Ich finde es gut auf dem Bärenplatz, es gibt meiner Meinung nach eine gute Gestaltung, daher wäre ich froh, wenn es durchkommt.

GR Salzmann: Kollege Hebeisen, ich finde es komisch, wenn man sagt, bei einer Detailberatung kommt sowieso nichts heraus. Was die anderen 39 Leute hier drin denken, weisst du offensichtlich schon. Einen Hellseher in der SP finde ich toll, den kann man vielleicht auch einmal anderweitig als Allzweckwaffe einsetzen in dieser Stadt. SR Zülle, du hast heute etwas Wunderbares gesagt. Je mehr man in eine Botschaft hineinpackt, desto mehr Gegner hat man. Das ist korrekt. Kollege Hebeisen, du hast nämlich gewissentlich noch einen Neinsagertyp vergessen: Nämlich den, der vom Stadthaus und vom Parkhaus nur eines von beiden will. Der sagt im Zweifelsfall nämlich auch nein. Das hast du deshalb geflissentlich vergessen, weil die FDP seit Jahren darauf aufmerksam macht, dass man das trennen sollte. Wir haben das hier auch einge-

bracht. Wir sind unterlegen, weil wir auf dem Zettel keine grosse Zahl haben wollten, sondern zwei geringere Zahlen. Ich finde es spannend, wie die SP jetzt reagiert, nachdem sie so emotional seit Jahren Feuer und Flamme fürs Stadthaus sind.

GR Dufner: Auch noch zwei, drei Worte von meiner Seite zum Rückweisungsantrag der SP: Ich empfand das Votum vom Kollege Hebeisen in keiner Art und Weise als polemisch, sondern von einer gewissen echten Sorge, die ich teilweise teilen kann, getragen. Ich kann mich aber den Schlussfolgerungen, die daraus gezogen wurden, nicht anschliessen. Ich habe das Gefühl, wir kommen wieder ein bisschen ins alte Fahrwasser, das Kreuzlingen hat, nämlich ich sage dem immer die Planitiskrankheit, die wir haben. Wir möchten einfach gern planen, und wir möchten schauen, was man wohl noch weiter machen könnte, was man allenfalls noch verbessern könnte. Wenn sich die SP-Fraktion vorstellt, dass man nun innerhalb eines halben Jahres beispielsweise Konzepte vorlegen könnte, was auf dem Areal an der Marktstrasse konzeptionell passieren soll mit Ausnahme, dass ich, was man auch schon gehört hat, sagen kann, wir können dort eine Überbauung realisieren, oder wir können dort auch einen zweiten Standort für ein Stadthaus sehen etc., dann sehe ich nicht, was man dort in einer realistischen Zeit tatsächlich entwickeln kann. Wenn man für die fünf Häuser Stadthaus, Marktstrasse 4 und 6, Sallmannsches Haus, Hauptstrasse 88, Hauptstrasse 90, über die man diskutiert, konzeptionell etwas entwickeln will, was nicht irgendwelche Hirngespinnste sind, sondern auch ein wenig abgestützt ist, dass sich dann auch ein allfälliger Investor tatsächlich für so etwas interessiert und so etwas übernehmen würde, sprechen wir von zwei oder drei Jahren, die man mindestens für so etwas braucht. In der Situation, in der wir uns befinden, ist das einfach nicht realistisch. Sondern ich meine, letztlich geht es jetzt einfach um die Frage, wollen wir das Stadthaus oder wollen wir es nicht? Das ist doch letztlich die Frage. Wollen wir allenfalls einfach die bestehenden Häuser sanieren und vielleicht noch ein bisschen erweitern, weil wir zu wenig Platz haben? Dann soll man es doch bitte einfach offen sagen. Dann geht es um das. Das andere kann ich mir einfach heute nicht vorstellen, dass man das realistischerweise entwickeln und dem Stimmbürger dann auch entsprechend vermitteln kann. Sonst fangen wir einfach wieder von vorne an und sind in drei oder vier Jahren wieder gleich weit und diskutieren wieder das hier. Daher meine ich, der Gemeinderat muss heute seine Verantwortung wahrnehmen und muss entscheiden. Er muss Ja oder Nein sagen. Es gibt für beide Varianten gute Gründe. Man kann selbstverständlich geteilter Meinung dazu sein, aber man soll heute bitte endlich zu diesem Thema Ja oder Nein sagen. Wir haben es am Anfang von Kollege Forster gehört., Wir diskutieren nun seit 20 Jahren in diesem Kreis über das Stadthaus. Da soll man heute Abend endlich entscheiden. Daher mache ich euch beliebt, den Rückweisungsantrag abzuweisen.

GR Hebeisen: Zu Genosse Salzmann vielleicht nur ein Wort: Ich bin stolz darauf, dass du mir eine Hellseherfunktion zuteilst, und diese nehme ich hiermit gern wahr. Wenn man mit so einer Botschaft vors Volk geht, würde ich hellseherisch sagen, wird es ganz, ganz schwierig. Und das sage ich noch einmal, und da wiederhole ich mich: Darum geht es und um nichts anderes. Das zur Hellseherfunktion.

Zu Kollege Dufner: Er hat betont, jetzt geht es darum, dass der Gemeinderat hier Farbe bekennt. Die ganze Planitis in Kreuzlingen rührt daher, dass man immer wieder untaugliches Zeug brachte. Sachen, die nicht in einem Gesamtzusammenhang standen. Sachen, die keinen Kontext mit anderen politischen Entscheiden hatten. Nun geht es darum, wenn man das Stadthaus will, dass man den gleichen Fehler nicht noch einmal macht. Ich sehe es gerade umgekehrt. Wenn wir das bringen und es fällt runter,

haben wir ein weiteres Schandmal der Planitis hier in der Stadt. Die Untauglichkeit dieser Planungen führte dazu, dass diese Planitis entstand, und das wird hier nicht viel anders sein. Aber ich möchte nicht verlängern.

GR Brändli: Meine Meinung geht in die gleiche Richtung wie die von GR Hebeisen. Ich möchte mir daher Kollege Dufner zur Brust nehmen. Andi Hebeisen hat dies in der letzten Sitzung schon gemacht. Ich gebe dir recht, Kollege Dufner, Planitis soll nicht sein. Die letzte gescheite, qualitativ und quantitativ gute Botschaft hier drin war die Schwimmhalle. Wir haben ihr zugestimmt und wurden vom Volk zurückgepfiffen. Und die Botschaft, die wir hier haben, ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht mangelhaft. Damit laufen wir Gefahr, dass wir beim Volk wieder scheitern. Daher ist wahrscheinlich der Rückweisungsantrag der richtige Weg, dass wir nachher zu einem neuen Stadthaus kommen.

Die Sitzung wird für eine kurze Pause unterbrochen.

Abstimmung: Der Rückweisungsantrag der SP wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen **durch Stichentscheid des Gemeinderatspräsidenten angenommen.**

-
7. Botschaft Teilrevision der Richtlinien des Gemeinderates über die Tätigkeit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission sowie seiner Revisionsgruppe und der externen Revisionsstelle

Der Ratspräsident: Hierzu habt ihr noch eine Tischvorlage erhalten. Der Präsident der AuA wird uns da noch einweisen.

Eintreten (*wird stillschweigend beschlossen.*)

GR Hebeisen, Präsident AuA: Unsere Kommission ist zum Schluss gekommen, dass das eine gute Sache ist – ich mache es ganz kurz – und hat deshalb einstimmig zugestimmt. Die Fraktion ist ebenfalls zum Schluss gekommen, dass es eine gute Sache ist und hat daher ebenfalls einstimmig zugestimmt. Ihr habt eine Tischvorlage. Zwei Härchen haben wir in der Suppe doch noch gefunden, aber es sind wirklich nur Härchen. Ich kommentiere das nicht weiter, die Tischvorlage spricht an sich für sich. Das eine ist eine formelle Sache im Titel und betreffend der Berichterstattung kam von einem Kommissionsmitglied der wertvolle Hinweis, dass die Berichterstattung der Revisionsgruppe auch auf der Grundlage eines schriftlichen Berichts erfolgen soll, damit das klargestellt ist.

GR Knöpfli: Der Kern der Richtlinien bleibt unverändert. So wird nach wie vor die Hauptrevision von der Revisionsstelle durchgeführt und die Verantwortung für die ergänzende Rechnungsprüfungstätigkeit bleibt bei der ganzen FRK. Ein bisschen salopp gesagt kann man sagen, die Anpassungen sind in diesem Fall eher kosmetischer Natur. Die FDP/EVP-Fraktion findet es aber richtig und wichtig, dass die Revisionsgruppe in diesen Richtlinien erwähnt und so auch legitimiert ist. An der Fraktionssitzung herrschte darüber Einstimmigkeit, dass man die Botschaft inklusive der Anpassungen gemäss Tischvorlage annehmen soll.

GR Hummel: Mit der Änderung Teilrevision macht man im Prinzip nichts anderes, als einen Zustand legalisieren, der schon lange so ist. Unsere Fraktion stimmte inklusive der beiden Abänderungsanträge der Kommission der Botschaft einstimmig zu.

GR Wolfender: Die Fraktion FL/RB ist einstimmig für die Annahme dieser vorliegenden Teilrevision inklusive dem Antrag der Kommission Administratives und Allgemeines. Die Vorlage gibt der gelebten Situation der FRK und der Revisionsgruppe einen rechtlichen Rahmen, der nötig ist und wo gut ist, dass er jetzt niedergeschrieben ist.

GR Schmid: Ich bringe die Meinung der CVP so, wie wir die Vorlage in der Kommissionssitzung diskutiert haben, nämlich in Rekordzeit. Wir nehmen sie an.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Abstimmung: Die Botschaft Teilrevision der Richtlinien des Gemeinderates über die Tätigkeit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission sowie seiner Revisionsgruppe und der externen Revisionsstelle **wird einstimmig genehmigt.**

Postulate

8. Stellungnahme Postulat zum Einbürgerungsverfahren

GR Kuntzemüller: Meiner Meinung nach soll die Einbürgerung ein Verwaltungsakt sein, genau gleich wie die Erteilung einer Baubewilligung. Das sagte Hanspeter Zraggen, Präsident der FDP Volketswil schon im Jahr 2007. Er und weitere FDPler lancierten daher eine Initiative, die genau das verlangte. Mehr als zwei Drittel aller Volketswiler waren übrigens gleicher Meinung, und wir sind es auch. Das Bundesgericht machte bereits in verschiedenen Entscheiden geltend, dass es sich bei Einbürgerungsentscheiden um Verwaltungsakte und nicht um politische Entscheidungen handelt. Solange Einbürgerungsentscheide ein politischer Akt bleiben, verschwindet die Gefahr der Willkür nicht. Keinesfalls wollen wir das unserer Einbürgerungskommission unterstellen. Und trotzdem ist es möglich, das Verfahren fairer und transparenter zu halten. Ich möchte an dieser Stelle darauf verzichten, alle weiteren positiven Aspekte zu nennen, welche die Änderung des aktuellen Verfahrens mit sich bringen würden, da wir diese bereits in unserem Postulat und der mündlichen Begründung aufgezählt haben. Nur etwas am Rand: Mit Erstaunen nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat hier anderer Meinung ist. Auch sind wir nicht ganz sicher, wie gewissenhaft unser Anliegen wirklich geprüft wurde, wenn wir diese Stellungnahme lesen. Wenn nämlich sogar das Bundesgericht der Meinung ist, dass Einbürgerungsentscheide Verwaltungsakte sind, ist es nur folgerichtig, diese Beschlüsse einer Exekutivbehörde, wie es unter anderem Weinfelden praktiziert, zu übertragen. Wenn die Bedingungen für eine Einbürgerung, wie Integration, Sprachkenntnisse, Wohnsitzfristen, keine Einträge im Straf- oder Betreibungsregister erfüllt sind und ein geregelter Lebensunterhalt vorliegt, muss dem Gesuch zugestimmt werden; eben genauso wie bei einem Baugesuch. Dort reicht der Gesuchsteller sein Baugesuchsformular mit allen notwendigen Unterlagen bei der Bauverwaltung ein, entsprechen diese der gesetzlichen Grundlage und werden keine Einsprachen gemacht, wird dem Gesuch zugestimmt. Bereits in mehreren Gemeinden

der Schweiz werden die Einbürgerungsgesuche von der Exekutive bearbeitet, und es werden jährlich mehr. Hoffentlich schliesst sich Kreuzlingen als erste Stadt der Schweiz diesen guten Beispielen nicht als Letztes an. Wir bitten Sie, unserem Postulat entgegen der Empfehlung des Stadtrats zuzustimmen und somit ein ordentliches und zeitgemässes Verfahren unseren durchaus geschätzten und willkommenen 54 Prozent Kreuzlinger Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu ermöglichen.

GR Irene Herzog: Wir von der SVP-Fraktion empfehlen die Ablehnung dieses Postulats, und zwar aus folgenden Gründen: Momentan sind Revisionen bei Bund und Kanton hängig. Im Jahr 2009 wurde das Einbürgerungsverfahren der Stadt Kreuzlingen einer umfassenden Revision unterzogen. Damals stimmte der Gemeinderat zu und auch über 80 Prozent der Bevölkerung. Wir haben damals Instrumente geschaffen, um das ganze Verfahren zu objektivieren. Wir denken hierbei ans Beratungsgespräch, den schriftlichen Wissenstest, die Liste der ständigen Praxis und die Befragung mit Tonbandaufnahme des Gesprächs während des Ablaufs des Verfahrens, das anschliessend wieder gelöscht wird. Wir machen aktuell mit diesem Verfahren sehr gute Erfahrungen. Trotzdem sind wir in der EBK im Moment dabei, einen Teil der Integration noch einmal zu verbessern. Der Wissenstest wird überarbeitet, die mündliche Befragung wird optimiert. Meiner Ansicht nach sind die Punkte, die im Postulat erwähnt werden, zum Teil nicht zu Ende gedacht und stimmen schlichtweg nicht. Es wird gefordert, dass alle Voraussetzungen für eine Einbürgerung der Verwaltung und dem Stadtrat übertragen werden sollen. Alle Voraussetzungen, mit Ausnahme der Integration, sprich Aufsicht des Wissenstests und mündliche Befragung werden heute schon durch die Stadtkanzlei geprüft und abgeklärt. Es ist so, dass neun Personen der Einbürgerungskommission anschliessend jedes Dossier einzeln auf allfällige Lücken prüfen, und das wohlverstanden in der Freizeit und ohne Sitzungsgelder. In der nächsten Sitzung wird lediglich noch darüber abgestimmt, ob der Kandidat zum Wissenstest eingeladen werden soll oder nicht. Nach dem bestandenen Wissenstest folgt die Einladung zur Befragung betreffend Integration von Kreuzlingen. Dort entscheidet heute schon eine breite Abstimmung durch sämtliche Parteien über einen positiven oder negativen Antrag an den Gemeinderat. Es ist heute auch so, dass ein Verfahren im Gegensatz zu früher viel kürzer ist. Im Normalfall, ohne dass jemand einen Wissenstest wiederholen muss, dauert es vom Gesuchseingang bis zur Gemeindeeinbürgerung zwischen neun und zwölf Monaten. Was heute noch viel Zeit braucht, dafür können wir aber nichts, ist der Kanton, der nur zwei bis drei Mal pro Jahr das Traktandum hat, um das Kantonseinbürgerungsrecht zu erteilen. Erwähnt wurde auch die Einbürgerungsquote im Vergleich zum Kanton. Das muss relativiert werden. Die Quote wird im Verhältnis zur ausländischen Wohnbevölkerung gerechnet, und dieser Anteil ist in Kreuzlingen ja sehr viel höher als an allen anderen Orten. Man muss nicht gut rechnen können, um herauszulesen, dass diese Quote in Kreuzlingen sehr viel tiefer sein muss. Was könnte bei der Annahme dieses Postulats passieren? Der Verwaltungsaufwand wird höher und nicht tiefer. Der Entscheid liegt ja genau gleich noch beim Gemeinderat. Das heisst, jeder Gemeinderat muss im Prinzip jedes Dossier kennen. Das heisst, jeder hier drin müsste ein Dossier erhalten, um sich vorbereiten zu können, damit er für Ja oder Nein entscheiden kann. Die andere Möglichkeit ist, dass der Antragsteller an einer Gemeinderatssitzung anwesend sein und sich hier vorstellen und Red und Antwort stehen muss. Bis jetzt wurde ja schon die scheinbar unangenehme Situation von neun Personen bei einer Befragung bemängelt. Und erst bei 40? Es gäbe längere Gemeinderatssitzungen und die Mehrzeit der 40 Personen hier drin muss ja bezahlt werden. Also lehnen wir dieses Postulat ab und lassen alles so, wie es ist.

GR Schmid: Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die im Postulat geforderten Änderungen zu weit gehen und ein Wechsel im Einbürgerungsverfahren sich im Moment nicht aufdrängt. Persönlich bin ich zwar der Meinung, dass eine Bearbeitung der Einbürgerungsgesuche durch die Verwaltung tatsächlich grundsätzlich zu mehr Einheitlichkeit und Vereinfachungen führen würde. Aber das heute geltende Verfahren in Kreuzlingen, wir haben es vorhin sehr detailliert erklärt bekommen, mit der Beteiligung verschiedener Instanzen wurde erst 2009 neu ins Leben gerufen. Das Konzept dahinter sollte eigentlich ein faires Verfahren ermöglichen. Die CVP-Fraktion muss aber feststellen, dass im Rahmen dieses Verfahrens sich in den letzten Jahren vor allem die mündliche Befragung immer mehr zu einer eigentlichen mündlichen Prüfung entwickelt hat, wo staatskundliches Fachwissen und Faktenwissen geprüft wird, was eigentlich im schriftlichen Test schon gemacht wird und einzelne Kommissionsmitglieder mit besonders spitzfindigen Wissensfragen offenbar darauf aus sind, den Gesuchsteller aufs Glatteis und damit in eine unangenehme Situation zu führen. Das ist unserer Meinung nach fragwürdig und unnötig. Dazu kommt, dass die Befragungen heute nicht mehr wie im Jahr 2010 nur eine Viertelstunde, sondern bis zu einer geschlagenen Stunde dauern. Das darf alles nicht sein, und war auch nicht der Wille des Auftrag gebenden Gemeinderats. Ich möchte daran erinnern, dass die EBK vom Gemeinderat in Art. 7 des Einbürgerungsreglements den Auftrag hat, im Rahmen einer Befragung den Grad der Integration festzustellen. So gilt gemäss Reglement wörtlich als integriert, wer Bescheid weiss über das öffentliche Geschehen und verschiedenartige soziale Beziehungen pflegt. Eine in diesem Sinn durchgeführte Befragung hat sicher nichts mit Abfragen von staatskundlichem oder geografischem Faktenwissen zu tun. Das Verfahren bei der mündlichen Befragung muss daher überprüft werden. Die CVP-Fraktion wird deshalb auch den neuen EBK-Präsidenten bitten, uns über das Verfahren der Befragung der Gesuchsteller ausführlich zu berichten, vor allem wie der Grad der Integration unter Einhaltung des erwähnten Artikels 7 in Zukunft ermittelt werden soll.

GR Stahl: Kurz vorweg: Wir waren einstimmig für die Ablehnung dieses Postulats. Als Präsident der EBK kann ich sagen, es wurde auch schon erwähnt, wir sind dabei, das Verfahren zu überarbeiten. In einem ersten Schritt wird der schriftliche Teil überarbeitet. Da gibt es viele Meinungen, die sagen, man könnte einen grossen Teil der mündlichen Befragung, wo es eigentlich rein um Faktenwissen geht, in den schriftlichen Teil integrieren, um die mündliche Befragung zu entlasten bzw. auch mehr Freiraum für weitere Fragen zu haben. Das Ziel, welches wir definiert haben, ist, dass das Einbürgerungsverfahren bis Ende 2016 komplett von A bis Z überarbeitet ist. Da möchte ich euch alle bitten, ein bisschen Geduld zu haben. Es sind auch einige neue Leute in der EBK. Ich wurde mit dieser Aufgabe beauftragt, und wir sind dran. Es läuft etwas, es ist traktandiert, nach Ostern haben wir die erste Sitzung für die Überarbeitung. Ziel des Wissenstests ist, dass das bis im Sommer gelaufen ist und dass wir in einer zweiten Phase die mündliche Befragung in Angriff nehmen. In meiner persönlichen Meinung möchte ich darauf hinweisen, dass wir etwas messen möchten, was extrem schwer zu messen ist. Das müssen wir uns bewusst sein. Wir möchten gern die Integration messen, und wir wissen, wir können das nicht mit einer Note 1 bis 6 einfach so messen. Das ist wirklich das Abwägen, wo wir halt einen Mittelweg finden müssen, mit dem alle leben können. Aber nochmals: Wir sind dran, und ich kann allen versprechen, dass wir wirklich etwas machen und das ganze Verfahren bis Ende 2016 von A bis Z überarbeitet haben werden.

GR Schläfli: Vieles wurde zu unserem Postulat schon gesagt, das Meiste steht in der schriftlichen und in der mündlichen Begründung. Einige wichtige Punkte möchte ich

noch einmal aufgreifen und etwas ausführen. Wir leben in Kreuzlingen in einer Stadt mit 54 Prozent Ausländeranteil. Eine Situation, die uns in vielerlei Hinsicht unvergleichbar macht mit anderen Städten. Vergleichbar bleibt die Einbürgerungsquote. Die Relativierung, die der Stadtrat und die SVP vorschlagen, weisen wir zurück. Die Einbürgerungsquote berechnet sich aus der Anzahl Einbürgerungen im Verhältnis zur ausländischen Wohnbevölkerung. Und diese Quote ist nun mal um Einiges tiefer als die kantonale und die nationale Quote und lässt sich definitiv nicht mit dem höheren Ausländeranteil relativieren. Zur Erinnerung: Kreuzlingen hatte 2014 eine Einbürgerungsquote von 0,4 Prozent, der Kanton Thurgau eine von 1,2 Prozent und schweizweit lag sie bei 1,9 Prozent. Warum ist es uns ein Anliegen, die Anzahl der Einbürgerungen zu steigern? Über die Herausforderungen, Vorzüge und Vielseitigkeit des Ausländeranteils von 54 Prozent wird und wurde immer wieder berichtet, weniger aber über die politischen Konsequenzen. Wir und damit meine ich uns alle als Politikerinnen und Politiker, die die direkte Demokratie und das Mitspracherecht der Bevölkerung immer so hochhalten, übersehen, dass wir in Kreuzlingen ein Legitimationsproblem haben. Wir wurden nur von einer Minderheit gewählt. Das zu ändern scheiterte auf kantonaler Ebene leider wiederholt. Auf kommunaler Ebene gibt es nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten. Eine dieser Möglichkeiten, die das Demokratiedefizit zwar nicht beheben, aber ihm immerhin etwas entgegensetzt, ist das Postulat, über das wir befinden. Neben den Argumenten in den schriftlichen und mündlichen Begründungen geht es ganz zentral auch um eine Attraktivitätssteigerung des Verfahrens. Oder anders formuliert: Das jetzige Verfahren, vor allem mit der mündlichen Befragung durch die Einbürgerungskommission, schreckt viele Bewerberinnen und Bewerber ab. Es geht nicht darum, dass die Verwaltung nachher ungeprüft Pässe verteilt, sondern darum, vermehrt Menschen einzubürgern, die dieses Land und diese Stadt als ihre Heimat betrachten und bezeichnen, die hier arbeiten, ihre Steuern hier bezahlen, allenfalls sogar ehrenamtlich tätig sind, die hier zur Schule gehen und meistens auch schon gegangen sind, Familien gegründet haben und so weiter und so fort. Diese Liste lässt sich endlos weiterführen. Ich meine die klassischen Secondas und Terzos, die im jetzigen Verfahren klar benachteiligt sind und, wenn sich nichts ändert, es auch weiterhin bleiben. Kann es wirklich sein, dass wir bei Menschen, die ihr Herkunftsland eventuell nur aus ihren Ferien kennen, eine Integration nicht voraussetzen, dass sie sich einem Verfahren unterziehen müssen, das so abschreckend und demütigend wirkt, dass es viele gar nicht erst probieren? Ist es ein haltbarer Zustand, dass es leichter ist, sich in der Nachbargemeinde einbürgern zu lassen, wo noch die Gemeindeversammlung abschliessend über die Einbürgerungen befindet? Im Umgang mit Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern und im Speziellen im Umgang mit Secondas und Secondos besteht in Kreuzlingen grosser Nachholbedarf, und da können wir von unseren Nachbarn etwas lernen. Junge Ausländerinnen und Ausländer sind im jetzigen System, vor allem aber in der Befragung durch die Einbürgerungskommission, klar benachteiligt. Die Zahlen sind bekannt, aber leider nicht öffentlich. Die momentan angewandte Prüfungsvariante wurde von Erwachsenen für Erwachsene entworfen. Das wird auch weiterhin so bleiben, auch nach der Überarbeitung. Persönliche Interessen von jungen Menschen, und da ist die Staatsangehörigkeit relativ egal, sind andere als Regionalgeschichte und Lokalpolitik. Und vielleicht noch ganz kurz zu den Nicht-Secondas und den nicht mehr so jungen Gesuchstellern: Menschen, die sich hier vor Jahren oder auch schon vor Jahrzehnten niedergelassen haben, die hier bleiben wollen, weil sie sich hier zu Hause fühlen, Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, um ihre Niederlassung zu besiegeln oder um politisch mitwirken zu können – was ist das für eine Willkommenskultur? Oder besser: Was ist das für eine Misstrauenskultur, die wir diesen Menschen entgegenbringen? Das jetzige Verfahren geht immer von der Annahme

aus, dass die Einbürgerung der Schlusstein, um dieses Wort auch noch in einem anderen Zusammenhang zu brauchen, einer gelungenen Integration sein soll. Das ist eine falsche Annahme. Eine Studie des Schweizerischen Nationalfonds aus dem letzten Jahr zeigt, dass die Einbürgerung die Integration von Migrantinnen und Migranten langfristig beschleunigt und verbessert. Einbürgerung ist also ein Teil des Integrationsprozesses und nicht der Abschluss der Integration. Heute Abend diesem Postulat zuzustimmen, ist für uns die logische Konsequenz aus diesen Ausführungen und der bereits vorher genannten Argumente.

GR Stahl: Ich möchte ganz kurz etwas anfügen: Ich habe schon mehrfach das Wort Quote gehört. Es kann sein, dass diese Quote tiefer ist. Ich finde es aber gefährlich, wenn man anfängt, die Quote mit anderen Städten zu vergleichen. Bei dieser Quote geht man einfach davon aus, dass alle, die hier sind und eben noch nicht Schweizer-Bürger sind, eingebürgert werden wollen. Ich behaupte, dass wir einen recht beachtlichen Anteil an Personen haben, die zum Wohnen und Leben aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus hierher kommen, die nicht unbedingt eingebürgert werden wollen. Gemessen an der Gesamtzahl haben wir logischerweise eine tiefere Quote. Aber ich weiss es nicht. Es ist eine Vermutung. Diese Quote kann man gern nehmen, aber ich denke, dann muss man sie über einen zeitlichen Ablauf vergleichen. Aber den Vergleich unter Ortschaften finde ich gefährlich, weil sich die Zusammensetzungen recht massiv unterscheiden.

GR Kuntzemüller: Im Jahr 2009 wurde das Einbürgerungsverfahren auf Gemeindeebene einer umfassenden Revision unterzogen. Dies ist ein Argument der einen oder anderen Fraktion, unserem Postulat nicht zuzustimmen. Und doch muss man das Verfahren von A bis Z revidieren bzw. noch einmal darüber, neue Wissenstests, die mündliche Befragung noch einmal überdenken. Für mich ist das eine Frage: „Pflästerlen“ wir einfach weiter oder machen wir es gescheit? Integration ist nicht gleich Wissen, das möchte ich dazu auch sagen. Eine einstündige Befragung zeigt einfach nicht, ob ein Mensch integriert ist. Ich möchte einfach noch schnell auf das Reglement für den Erwerb des Bürgerrechts der Stadt Kreuzlingen Art. 5 Abs. 3 Eignung erwähnen: „Wobei auf die Schulbildung angemessen Rücksicht genommen wird.“ Wo denn? Bitte hören wir auf zu „pflästerlen“, machen wir es gescheit.

GR Brändli: Wir machen es jetzt schon gescheit, aber sicher können wir es noch besser machen.

GR Ricklin: Ich bin neu in die EBK eingetreten. Als ich das Verfahren zum ersten Mal erlebte, dachte ich für mich, man kann gewisse Sachen überarbeiten. Sachen entwickeln sich, und eine Überarbeitung findet nicht statt, weil sie per se schlecht ist, sondern weil neue Leute hinzukommen, weil es vielleicht etwas in die Jahre gekommen ist. Es macht ja Sinn, wieder einmal darüber nachzudenken, was am Verfahren gut ist und was daran schlecht ist. Damit sagen wir nicht, dass alles Mist oder Quatsch ist. Nicht deshalb wird es überarbeitet, sondern weil man es verbessern kann, weil neue Leute hinzugekommen sind, die auch neue Ideen hereinbringen, die auch einen anderen Hintergrund mitbringen. Ich möchte noch etwas zu GR Stahl sagen und noch einmal hervorheben, wir haben in Kreuzlingen eine Einbürgerungsquote, die auffallend tief ist. Ich denke auch, wir haben viele Leute, die sich hier wohlfühlen, die hier leben, die nicht Schweizer werden wollen. Gerade weil es hier viele Ausländer hat und man sich hier als Ausländer auch wohlfühlen kann. Sie haben das Bedürfnis vielleicht gar nicht. Sie wissen auch, sie gehen wieder zurück. Sie sind vielleicht nur einen Teil ihres

Lebens hier. Sie müssen sich vielleicht auch einmal eine Weile hier einleben. Das kann sich ja auch entwickeln. Ich sehe das nicht als Grund. Seit ich in dieser Kommission bin, gibt es immer am Schluss des Gesprächs eine Rückfrage, wie sie das Gespräch empfunden haben. Ihr lacht nun, weil ihr denkt, man sagt ja die Wahrheit nicht. Ich finde, die Leute geben recht offen Antwort. Sie sagen: Ich habe etwas Schlimmes erwartet, aber es ist nicht eingetroffen. Ich nehme es ihnen ab. Ich glaube, ich habe eine so gute Menschenkenntnis, dass ich das spüre. Ich habe auch schon gespürt, wenn es nicht so gut gelaufen ist, aber grundsätzlich muss ich sagen, fühlen sich die Leute wohl. Ich weiss nicht, Hörensagen ist halt ein bisschen etwas Schwieriges. Man hört vielleicht Schlechtes von denjenigen, die es nicht geschafft haben. Das ist immer so, jemand, der eine Prüfung nicht besteht oder der halt nicht aufgenommen wird, ist wütend und vor allem dieser redet. Ich möchte vor allem auch Leute aufmuntern, die eingebürgert wurden, dass sie auch hinaustreten und erzählen, wie es wirklich ist. Denn wir haben gute Rückmeldungen. Es wird als positiv aufgefasst. Ich habe auch den Eindruck, die Einbürgerungskommission ist diesen Leuten gegenüber wohlwollend. Die Worte abschätzig, demütigend finde ich schon ziemlich frech allen gegenüber, die dort drin sitzen und sich bemühen. Ich sehe das gar nicht so und fühle mich da auch ein wenig angegriffen.

Abstimmung: Das Postulat zum Einbürgerungsverfahren wird mit **26 Nein-Stimmen** gegen 11 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen **abgelehnt**.

Verschiedenes

9. Beantwortung schriftliche Anfrage zur Sozialhilfe

GR Salzman: Besten Dank für die Beantwortung meiner einfachen Anfrage zum Thema Sozialhilfe. Sie ist umfassend und ich bin damit sehr zufrieden. Positiv überrascht hat mich die Tatsache, dass die allermeisten Sozialhilfeempfänger schon länger als fünf Jahre in Kreuzlingen wohnen, bevor sie Sozialhilfe beantragen. Die Attraktivität des Sozialhilfestandorts Kreuzlingen ist somit nicht ausgeprägt, was mich ausserordentlich freut.

9.1 Parlamentariertreffen vom 19. August 2016

Der Ratspräsident: Ich möchte ans Parlamentariertreffen vom 19. August erinnern. Vor allem möchte ich es noch einmal sagen wegen der Zeit. 15.30 Uhr ist relativ früh, aber das ist bedingt durch das, was wir anschauen wollen, daher müssen alle relativ früh dort sein. Man kann nicht unterwegs einsteigen, ausser man käme anschliessend einfach zum Essen. Bitte reservieren Sie sich dieses Datum.

9.2 Pensionierung Werner Stiefel

SR Zülle: Es ist nicht üblich, dass man Mutationen des Personals unter Verschiedenes im Gemeinderat erwähnt oder bekanntgibt. Ich erlaube es mir aber trotzdem, denn es ist ein Mann in einer Schlüsselposition, der in Rente geht und jetzt im letzten Monat, in den letzten Tagen, in den letzten Zügen ist. Er weiss, wie ich es meine: in den letzten Zügen der Arbeit. Er kommt dann in den wohlverdienten Ruhestand, und ich habe bereits mit ihm gesprochen, er wird diesen sehr gut ausfüllen. Es ist Werner Stiefel der

Leiter des Werkhofs. Er führte sehr viele Leute, er integrierte die Abfallentsorgung und die Stadtgärtnerei in den Werkhof. Er leistete in 25 Jahren sehr viel für unsere Stadt. Ich finde es würdig, dies hier zu erwähnen. Er ist heute hier anwesend, und auch hier ist sein Nachfolger Stanimir Simikic. Dieser hat seine Stelle am 1. März angetreten, und diesen Monat mit Werner Stiefel gemeinsam verbracht. Wie ich gehört habe, sind sie mit ihm sehr zufrieden. Ich hoffe, dass es so weitergeht. Er ist eidgenössisch diplomierter Strassenbaupolier, war beim Tiefbauamt Zürich in Andelfingen tätig und bringt somit auch Erfahrung für den öffentlichen Dienst mit. Wir wissen, er führte viele Leute und kann mit Menschen umgehen. Das spürten wir auch bei der Beratung, die wir mit ihm hatten, als wir ihn einstellten. Wir wussten, dass das der richtige Mann für Kreuzlingen ist. Ein würdiger Nachfolger für Werner Stiefel, der so viel für uns geleistet hat. Und wenn wir hier im Rat sonst auch nicht so oft applaudieren, ich glaube, das ist für beide ein Applaus wert.

9.3 Sanierung Döbeli-Kreisel

GR Forster: Jetzt wird es für dich Ernst in Zukunft natürlich schwierig. Es gibt noch mehr, die pensioniert werden. Ich habe in der Hand einen Brief vom Kanton Thurgau an den Stadtrat und an die Bauverwaltung: Sanierung Kreisel Döbeli. Das geht wahrscheinlich auch Ernst an. Ich habe dort unten zwei gute Kollegen, die zahlen Steuern, die bringen ein wenig Leben, das ist der eine vom City Imbiss, früher Colak Kebab, der andere brät Cervelats bei der Landi. Rieser, du musst nicht lachen, du musst dort eine Wurst essen. Sie wollen den Kreisel drei Wochen sperren. Eine Vollsperrung, lese ich hier. Vielleicht betrifft es auch Herrn Portmann dort unten. Da müsst ihr unbedingt beim Kanton insistieren für irgendeine Ampel oder weiss ich was. Aber sie wollen eine Vollsperrung machen. Der Döbelikreisel drei Wochen voll zu, das ist doch unmöglich. Da sterben ja die Leute dort unten.

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung um 21.30 Uhr.

Beilage

1. Tischvorlage Synoptische Übersicht vom 9. März 2016

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmenzähler

Richtlinien des Gemeinderates über die Tätigkeit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission sowie seiner Revisionsgruppe und der externen Revisionsstelle

Gemeinderatssitzung vom 17. März 2016 - Tischvorlage

9. März 2016

	Antrag AuA	Vorschlag Büro des Gemeinderats
Titel	Richtlinien des Gemeinderates über die Tätigkeit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission sowie ihrer Revisionsgruppe und der externen Revisionsstelle	Richtlinien des Gemeinderates über die Tätigkeit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission sowie seiner Revisionsgruppe und der externen Revisionsstelle
Art. 3	3 Die Revisionsgruppe orientiert die FRK auf der	3 Die Revisionsgruppe orientiert die FRK in der
Berichterstattung	Grundlage eines schriftlichen Berichtes in der nächsten ordentlichen Kommissionssitzung über die Prüfergebnisse der Revisionsgruppe sowie der Revisionsstelle. Grössere Unregelmässigkeiten hat sie der FRK sofort mitzuteilen.	nächsten ordentlichen Kommissionssitzung über die Prüfergebnisse der Revisionsgruppe sowie der Revisionsstelle. Grössere Unregelmässigkeiten hat sie der FRK sofort mitzuteilen.